

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,20 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 20 Pfennig frei in's Haus. Einzelne Nummer 4 Pfennig. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pfennig. Post-Abonnement: 2,20 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 20 Pfennig. Einzeln in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pfennig, für Veretns- und Verammlungs-Anzeigen 20 Pfennig. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. I. W. 4180.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Donnerstag, den 2. Februar 1893.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Freisinnig-agrarische Seelenverwandtschaft.

Ein Kabinettsbildchen kapitalistischer Seelenverwandtschaft zwischen Konservativen und Freisinnigen, wie es rührender nicht gedacht werden kann, lieferte die Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom letzten Sonnabend (28. Januar). Da die Kenntnis einiger Einzelheiten aus den Coulissen der freisinnigen Partei zur richtigen Würdigung des Bildchens gehört, entging die Bedeutung desselben weiteren Kreisen. Es wäre aber jammerschade, wenn dem freisinnigen Volksheldentum die Episode geschenkt würde, bei der es in seinem vollen Glanze strahlte.

In jener Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses kam es zu einem nachträglichen Bescheid wegen der Arnswalder Wahl zwischen Freisinnigen und Konservativen. Einer der Letzteren, Herr von Bloeh, machte seinem Groll über die freisinnige Agitation unter den Bauern des Wahlkreises Luft und beschwerte sich bitter über das sonst in harmloser Verborgenheit blühende freisinnige „Reichsblatt“, welches sich zur Arnswalder Wahl mit Artikeln für die bäuerliche Bevölkerung besonders angestrengt hatte, — mit welchem Erfolge, weiß man ja! Der feudale Herr von und zu sagte u. a.: „Herr Rickert sollte dem „Reichsblatt“ empfehlen, anständiger vorzugehen. Es wird dadurch die Stimmung vergiftet und der kleine Bauer und Arbeiter gegen den Großgrundbesitzer aufgehetzt.“ Worauf bezog sich dieser agrarische Ausfall? Das freisinnige „Reichsblatt“ hatte während der Wahlzeit, bei der ja den bürgerlichen Parteien alle Mittel recht sind, ein paar Mal seine mancherlei Grundzüge vergessen und Mittheilungen über ländliche Zustände im Wahlkreise ausgenommen, die wenigstens eine Spur von sozialem Verständnis für die Lage der kleinen Leute zeigten. Da wurde mitgeteilt, daß ein Bauer wegen Verleumdung des Landrathes bestraft worden war, weil er die Beteiligung an einer Sammlung zwecks Beschaffung eines Geschenkes für den Landrath abgelehnt hatte. Da wurde ein Geistlicher an den Pranger gestellt, der dem Schankwirth seines Ortes den Schnapsauskunft an Arbeiter und ihre Familien unterzogen wollte, dabei aber sehr treffend mit dem Hinweis abgefertigt wurde, daß er ja selbst täglich Rothwein trinke, dabei arme Kinder nicht taufe, für welche das Taufgeld nicht bezahlt werden könne, und daß man noch nichts davon gehört habe, daß er seinem Gutsbesitzer wegen der Schnapsbrennerei Vorwürfe mache. Ferner wies das „Reichsblatt“ in verschiedenen Korrespondenzen auf die Bedrückung der Bauern durch die Gutsbesitzer hin, die sich durch Verkauf von Bauerngütern Sitz und Stimme im Gemeinderath verschaffen, frei denkende Gemeindevorsteher einfaß nicht bestätigen lassen, die Schulen, deren „Patron“ sie sind, in dem jämmerlichsten Zustand halten und die Bezahlung von Reparaturen verweigern, zu deren Leistung sie geschicklich ver-

pflichtet sind, die ihren Arbeitern „Einlaßgroschen“ vom Lohn abziehen und mit dieser Einrichtung viel ärgeren Wucher treiben, als der ländliche Wandeljude; die dabei sechs Mal weniger Steuern zahlen, als der arme Bauer, und heute in den Dörfern noch als Schreckmittel die Halsseisen an den Linden hängen lassen, in welche vor wenigen Jahrzehnten jeder widerspänstige Bauer eingeschlossen wurde. Mittheilungen über die schauerhafte Bezahlung der Arbeiter auf den ländlichen Gütern, die in vielen Fällen jährlich 400 M. nicht übersteigt, über die elende Lebensweise dieser Leute und ihre jeder Kultur höhnsprechenden Wohnungen vervollständigen das Bild, welches das freisinnige „Reichsblatt“ von der Arbeiterlage auf dem flachen Lande gab — selbstverständlich nur zur Wahlzeit, wo es galt, die Stimmen der Leute für den freisinnigen Kandidaten zu fangen; seitdem gähnen die Spalten des Blattes wieder von mancherlei Dede.

Das waren die „Unanständigkeiten“ des freisinnigen Organs, über welche sich Herr von Bloeh im Abgeordnetenhause entrüstete. Ein „Kreiseingesessener“, offenbar ein Gutsbesitzer, hatte schon vorher in einer besonderen Broschüre und in der „Kreuzzeitung“ Feuer und Flamme gegen die Einsender der sozialpolitischen Schilderungen im „Reichsblatt“ gespinn. Er hatte aber keine einzige Mittheilung thatächlich entkräften können. Beiläufig — die Blödsinnigkeit der freisinnigen Presse brachte es mit sich, daß über diese Dinge, die bei der ganzen ländlichen Agitation als wirtschaftlicher und sozialer Hintergrund die Hauptrolle spielen, so gut wie nichts in die größere Öffentlichkeit drang. Herr Rickert, unter dessen Oberaufsicht das „Reichsblatt“ redigirt wird, war also genau unterrichtet und wußte, welche grauenhaften sozialen Zustände der Wahlkampf in Friedeberg-Arnswalde aufgedeckt hatte. Er wußte, daß nicht nur „Unanständigkeiten“ und „Aufsehenerreißendes“, sondern von feudaler Unterdrückung und von einer Willkürherrschaft der Gutsbesitzer im „Reichsblatt“ gesprochen worden war, deren Folge die traurige materielle und geistige Verkommenheit der Landbevölkerung ist. Und was erwiderte der freisinnige Rickert, dieser Volks- und Bildungspostel, auf die Anzapfung durch Herrn von Bloeh? Er sprach ruhig und gelassen: „Man macht mich verantwortlich für das „Reichsblatt.“ Ich habe diese Verantwortlichkeit oft genug abgelehnt, weil ich das Blatt oft Wochen lang nicht zu Gesicht bekommen. So lehnt ein Freisinniger die Verantwortlichkeit für die Schilderungen ab, die sich in sein Blatt verirrt hatten und endlich einmal einen schwachen Begriff von den sozialen Zuständen auf dem Lande geben, deren Vorfrucht Aghwardt und Genossen sind. Feudaler Gutsbesitzer und freisinniger Volksheld Arm in Arm, Brust an Brust gegen die kleinen Leute, — ist das nicht ein rührendes Kabinettsbildchen?

Dieser an und für sich unbedeutende, in seiner Verknüpfung mit anderen Thatfachen aber sehr bezeichnende Vorfall beweist, daß die freisinnige Partei eine todte Partei

ist. Ihr fehlt jegliches Verständnis für die Hauptfragen der Zeit, für die sozialen, alle Freiheitsphrasen können dies nicht verhüllen, und es wäre nur die volle Konsequenz dieser Entwidlung, wenn sie im Wahlkreise Liegnitz von den ländlichen Wählern ebenso heimgeschickt würde, wie in Friedeberg-Arnswalde.

Vom italienischen Panama.

Und doch war jedes Wort wahr, das Colajanni gesagt und, es war kaum der dritte Theil dessen, was der Untersuchungsbereich enthielt. Der Gouverneur Zanlongo, der Hauptkassirer Pazzaroni, und der Präsident des Aufsichtsraths, Torlonia, hatten sich in aller Gemüthlichkeit Vorschüsse bis zu neun Millionen bewilligt. „Gemüthlich“ — patriarchalmente — wurde die Bank überhaupt nach Zanlongo's Aussage verwaltet; so gemüthlich, daß die Fonds, die dem Handel und der Industrie Kredit-erleichterungen gewähren sollten, auf schlechte, praktisch unzulängliche Hypotheken ausgeliehen oder an Leute, die von der Industrie nur das Ritterthum kannten, gegen stets verlängerte Wechsel oder gar in offener laufender Rechnung verpumpt wurden. So gemüthlich, daß nach und nach fast alle Journalisten und nicht weniger als hundertfünfzig Mitglieder der gegenwärtigen Deputirtenkammer, großentheils notorisch zahlungsunfähige, oder gar nur von Schulden lebende Leute, als Schuldner in den Büchern der Bank figurirten. Die Liste dieser Kunden lag ebenfalls bei dem Bericht Moissis, es figurirten darauf, neben nur einem Deputirten der Rechten, Arbib, fast alle Schattirungen der Linken mit Summen von 5-100 000 Frks. auf den Kopf. Auch ein Träger eines in der ganzen Welt hochverehrten Namens ist darunter, desgleichen zwei der gegenwärtigen Minister — Grimaldi und Martini; Grimaldi ist sogar einer der Rechtskonsulenten der Bank mit 25 000 Frks. Jahresgehalt. Das ist schon ganz hübsch, aber das war 1889, das war erst der Anfang, das war noch nicht einmal ein Panamino, es war nur eben ein Panaminetto, ein ganz, ganz kleines Panama.

Diese Säckelchen und andere, darunter auch selbstverständlich übertriebene Gerüchte, kamen Stückweise allmählich unter's Publikum, nachdem Colajannis Rede einmal den Anstoß gegeben. Das Publikum fing an, seine Deposten aus der Banca Romana zu ziehen — in wenigen Tagen bis über 9 Millionen aus im ganzen 14 Millionen Deposten — und ihre Noten mit Misstrauen aufzunehmen. Die Regierung fühlte, daß jetzt gehandelt werden müsse. Was seit Jahren ein Ministerium dem anderen zugesprochen hatte — die Regelung der Banken und des Papiergeldes — das sollte jetzt Hals über Kopf abgemacht werden. Es wurden Anfang Januar Verhandlungen eingeleitet zur Verschmelzung der beiden römischen und der beiden toskanischen Banken zu einem einzigen großen Kreditinstitut, und gleichzeitig eine neue Inspektion der Banken vom Ministerium angeordnet. Die Banca Nazionale, die den Kern des neuen Instituts bilden sollte, weigerte sich natürlich, die Sünden der Banca Romana unbesehen zu übernehmen; sie machte Schwierigkeiten und niedrige Angebote. Alles das kam unter die Leute; das Mißtrauen steigerte sich zur Panik. Die Stadt Rom entzog der Banca Romana ihr Guthaben von

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepania.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Er wäre in der That der Letzte gewesen, auf den sich ein Verdacht hätte lenken können. Dieser ärmlich gekleidete junge Jude, der nichts sagend ins Reere blickte, mit der geduldigen Miene eines Kunden, der nur über bescheidene Mittel verfügte und keine Eile hatte, einen angenehmen Ort und angenehme Gesellschaft zu verlassen.

Er war ein kleiner, breitschultriger Mann von ungefähr fünfundsiebenzig Jahren mit einem anziehenden regelmäßigen Gesichte von markirt jüdischem Typus und großen, freundlichen, melancholisch in die Welt blickenden dunkeln Augen.

Schmul setzte ihm einen Krug Bier vor und beachtete ihn nicht weiter. Der junge Mann bezahlte für seinen Trunk und nachdem er ihn gemächlich ausgeschlürft hatte, ging er ebenso ruhig, wie er gekommen war, von dannen.

Sobald David aber auf der Straße war, bog er um die Ecke des Hauses und trat durch eine Hinterthüre in die Küche. Bei dem spärlichen Lichte der Talgkerze stolperte er über etwas Weiches, es war ein junges Mädchen, welches Aufsprang und zwischen Davids Beinen hindurch seinen Auszug antrat. Eine Henne, welche auf dem Küchenschrank saß, verlor, aus dem Schlafe aufgeschreckt, das Gleich-

gewicht und suchte mit erschrecktem Gesichte eine Zuflucht in der entgegengesetzten Ecke.

Der junge Mann durchschritt schnell den Raum, in welchem seine Gegenwart eine solche Verwirrung angerichtet hätte, und trat in einen dunklen Korridor. Er zündete ein kleines Wachsholz an und nahm seinen Weg zu einem kleinen und schmahligen Hinterzimmer, in welchem der rothe Schmul seine wichtigsten Geschäfte abzuwickeln pflegte; dieser war auch schon da.

Er wollte einen solchen Kunden nicht lange warten lassen, und hatte sich bereit, den Posten hinter dem Ladentisch seiner Frau abzutreten.

„Wie geht es Ihnen, Schmul?“ sagte David in jüdischem Jargon. „Sie erwarteten mich wohl nicht so bald?“

„Ich erwartete Sie überhaupt nicht mehr, Herr David, — heute, meine ich. Ich dachte, Sie würden morgen kommen.“

„Ich hatte etwas zu besorgen,“ sagte der junge Mann, indem er sich in einen an der Wand stehenden Lehnstuhl von zweifelhafter Farbe und schmutzigem Aussehen setzte.

Der magere und lange Schmul hochte sich auf einen hohen Holzstuhl nieder, dem ein Fuß fehlte.

„Sind Ihre Freunde bei Ihnen?“ frug er.

„Ja.“

„Alle drei?“

„Alle drei. Zwei Herren und eine Dame. Ich ließ sie bei Joma. Wir müssen morgen früh auf der anderen Seite sein. Sie haben, hoffe ich, alles geordnet?“

„Jawohl. Sie werden ohne Zweifel morgen um acht Uhr auf der anderen Seite sein. Aber —“

Schmul hielt zögernd inne und rieb sich die linke Nasenseite, während er David fragend ins Gesicht blickte.

„Was nun?“ fragte der andere aufblickend.

„Nun, die Zeiten sind hart, wie Sie wissen, und die Soldaten sehr gierig! Ich hatte so viel Mühe, ach, so viel Mühe, um sie herumzubringen,“ sagte Schmul, pathetisch die Augen zur Decke erhebend, „und ich mußte ihnen mehr bezahlen, als —“

„Wenn dem so ist, so haben Sie Unrecht, Schmul, und einen großen Fehler begangen,“ sagte David nachlässig.

„Warum? Ist es ein Fehler, wenn man bemüht ist, Ihnen schnell zu dienen?“

„Sicherlich nicht. Sie müssen sich aber an feste Preise halten, das ist Geschäftsregel. Je mehr Sie geben, desto mehr werden die anderen verlangen. Beherrigen Sie dies, mein Freund, und halten Sie an Ihren üblichen Bedingungen fest. Das ist Geschäftsregel.“

„Es steht Ihnen wohl an, so zu sprechen, Herr David!“ rief der Schmulgler hämisch aus, zu der Rolle der beleidigten Tugend sich erwärmend. „Aber wie konnte ich denn anders? Die Soldaten sind die Herren, nicht ich!“

„Ein kluger Mann muß es verstehen, sie zum Nachgeben zu bringen,“ sagte David unerschütterlich. „Nehmen Sie an,“ fügte er mit einem Anfluge von Humor in seinen großen Augen hinzu, „Sie baten mich, Ihnen mehr zu bezahlen als gewöhnlich. Ich sage nicht, daß Sie es thun wollen, ich nehme nur an, Sie thäten es. Nun, ich würde antworten, daß der Fisch dahin geht, wo das Wasser tiefer, und der Käufer, wo die Waare billiger ist. Geschäft bleibt Geschäft. Die Grenze ist lang und Soldaten giebt es viele. Wenn ein Mann bei dem festgesetzten Preise nicht bleiben will, weshalb sollst Du bei ihm bleiben? Nicht wahr?“

Aber einer Million, ebenso nahm die Sparbank ihr Depositen von über 500 000 Fr. zurück. Die Aktien der Banca Romana, nach Colajanni's Rede auf 670 gefallen, standen am 15. Januar nur noch auf 504 Fr. für 1000 Fr. Nominalwert. Im Norden des Landes fing man an, die Noten dieser Bank zurückzuführen.

Nun aber drangen Gerüchte ins Publikum über die noch erstaunlicheren Resultate der neuen Inspektion der Banca Romana. Allerdings hatte Fürst Giulio Torlonia seine Schuld abbezahlt: am 13. Januar 4 Millionen, am 14. weitere 600 000 Fr., am 15. den Rest von 2 Millionen. Allerdings hatten der Gouverneur Tanlongo und der Kassirer Pazzaroni gegen ihre Schulden der Bank ihr ganzes großes Vermögen verschrieben. Allerdings hatte „eine sehr hochgestellte Person“ — der „Corriere di Napoli“ wies mit dem Scheinenthron auf den König hin — die Bankschuld des Ministers Crimaldi und seiner Familienglieder bezahlt. Allerdings hatte der konstitutionell radikale Deputierte Fortis erklären lassen, der ihm eröffnete Kredit sei ihm bewilligt in seiner Eigenschaft als Reichskonsulent der Bank. Was bedeutete das alles gegen die Nachricht, die neue Inspektion habe ergeben, daß die Banca Romana die 70 Millionen Banknoten ausgeben durfte, deren 133 Millionen in Kurs gesetzt; daß, um dies zu verdecken, bis zum Betrag von 49 Millionen gefälschte Gläubiger in den Büchern figurirten, und daß der Gouverneur Tanlongo gegen eine erst vom 3. Januar 1893 datirte einfache Quittung 23 Millionen entnommen habe. („Secolo“ 21.—22. Januar.) Ja es wurde noch weiter gemunkelt, daß die Goldreserve zwar in Ordnung befunden worden sei, aber nur weil Baron Michele Pazzaroni, Nefee des Hauptkassirers, sich eigens für diesen Zweck auf ein paar Tage diverse Millionen in Saar bei Schweizer Geschäftsfreunden geborgt, unter dem Versprechen, sie nach erfolgter Inspektion sofort in natura zurückzustellen; was freilich einige Mühe kosten wird, da die Regierung inzwischen alle Fonds der Banca Romana mit Beschlagnahme belegt hat. Und nun raffelte es Enthüllungen an allen Ecken und Enden, nun zirkulirten die Namen der 150 Deputirten mit mehr oder weniger Genauigkeit und Gewißheit, nun war es nicht mehr zu leugnen, daß mindestens die drei letzten Ministerien um die ganze Sache gewußt, daß sie die Gelder der Bank regelmäßig und massenhaft zu Wahlzwecken ihren Anhängern zur Verfügung gestellt, daß sie die Unterhändler oft im Ministerium besprochen und sie in voller Erkenntnis ihrer dadurch übernommenen Verantwortlichkeit absichtlich verheimlicht — also ihre Fortexistenz genehmigt hatten.

Wie blaß erlitten dagegen der Bericht Biagini's, der nun im „Corriere di Napoli“, 19.—20. Januar, veröffentlicht wurde. Der Panamino war da.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Februar.

Aus dem Reichstag. Dauernd beschlußunfähig, daß ist die Signatur des Reichstags. Vorgestern waren am Schlusse der Sitzung noch 145 Mitglieder anwesend, während gestern die Auszählung nur 125 anwesende Abgeordnete ergab. Daß von diesen Fünftelthundert während der Verhandlung selbst kaum die Hälfte im Saale anwesend waren, während die andere Hälfte sich im Foyer oder in den Besessenen, wenn nicht gar in der Restauration aufhielt, sei nur nebenher erwähnt. Die unerhörte Theilnahmlosigkeit der Abgeordneten an den Verhandlungen hängt zweifellos zum Theile mit den Gegenständen zusammen, welche auf der Tagesordnung stehen. Nicht jeder hat eben Neigung und Lust, die schon duzend Mal wiederholten Deklamationen der Herren Adermann, Biehl und Hise gegen Abzahlungsgeschäfte, Wanderverlager, Wanderauktionen, Hausirhandel u. s. w. immer wieder zu hören, besonders wenn das Geschick, einen Gegenstand möglichst langweilig zu behandeln, bei den Antragstellern in dem Maße ausgebildet ist, wie bei dem Abg. Adermann. Dieser Herr würde auch einen mit Diäten gesegneten Reichstag leer reden, um so eher gelingt es ihm natürlich gegenüber den diätenlosen Abgeordneten. Daß übrigens die Diätenlosigkeit doch der einzige wirkliche Grund für die permanente Beschlußunfähigkeit ist, tritt immer klarer zu Tage. Ein Vergleich zwischen den beiden Parlamenten, welche in der Leipzigerstraße tagen, zeigt dies zur Evidenz. Oder, welchen Grund, wenn nicht die Diätenlosigkeit, will man zur Erklärung der Thatsache anführen, daß das von Diäten beziehenden Abgeordneten besetzte Abgeordnetenhaus stets gefüllt ist, während der diätenlose Reichstag an permanenter Beschlußunfähigkeit leidet? Dieselbe Erscheinung,

David lächelte gut gelaunt und begann, seine kleine Holzpeife zu stopfen. Er mußte natürlich sofort, worauf Schmul hinstellte und war fast entschlossen, sich auf keinen Soluspotus einzulassen. Sparfamkeit in der Verausgabung der Parteigelder war in seinen Augen die geheiligte Pflicht eines Revolutionärs. Es war aber nicht seine Gewohnheit, mit Leuten unfreundlich zu verhandeln, so lange er es vermeiden konnte.

„Und wie geht es Ihrer Familie? Ich vergaß, Sie danach zu fragen,“ fuhr er fort. „Es ist doch hoffentlich Alles wohl?“

„Ganz wohl, danke,“ antwortete Schmul verdrießlich, über eine bessere Angewohnheit nachsinnend. Er wollte eine gute Gelegenheit nicht unbenuzt vorübergehen lassen.

„Nichts Neues in Dorfe?“ fuhr David fort, unbekümmert die Pfeife weiter rauchend.

„Da ist schon was Neues,“ antwortete der Schmuggler mürrisch und gab seinem Besuch einige kurze Nachrichten zu hören, welche den ersten Stand der Dinge an der Grenze bewiesen.

„Haben Sie davon gehört, daß Jzig zurückgekehrt ist?“ fragte David, eine dicke Rauchwolke von sich blasend.

Schmul sank der Muth. Jzig oder Jsal Berlenglanz war ein sehr verächtlicher Schmuggler, welcher bei den Genossen in gutem Ansehen stand. Gelegentlich machte David einige Geschäfte mit Jzig, und Schmul argwöhnte immer, daß der letztere danach strebte, ihn auszubehnen.

„Ist er zurückgekommen?“ fragte der Schmuggler zaghaft, „ich wüßte es nicht!“ Er warf einen fragenden Blick auf sein Gegenüber; aber David sah ganz sorglos aus.

„Joma erzählte es mir. Das ist alles, was ich weiß,“ sagte er.

„Da ist keine Hoffnung,“ dachte Schmul, „der ist gut unterrichtet und versteht sein Spiel.“

„Haben Ihre Leute viel Bagage?“ fragte Schmul in einem Tone forschend, als ob nie eine Spur von Mißbilligung zwischen ihnen vorgekommen wäre.

„Einige Bündel. Ihr Junge kann alles holen.“

„Dann werde ich ihn morgen zu Joma senden. Das Geld erhalte ich auf der andern Seite?“

wie im preussischen Abgeordnetenhause, wiederholt sich aber allwärts sonst in unserem mit Parlamenten reich gesegneten Deutschland. Nicht eine einzige „Volksvertretung“ eines der deutschen Bundesfürstenthümer, die dem Zahn der Zeit bisher noch widerstanden haben, weist das jammervolle Schauspiel auf, das der deutsche Reichstag Jahr für Jahr in seiner dauernden Beschlußunfähigkeit bietet. Freilich ist nicht die geringste Aussicht vorhanden, daß an diesem Zustande in nächster Zeit etwas geändert werde. Wenn man in den maßgebenden Kreisen sich auch mittlerweile davon überzeugt hat, daß die ursprüngliche Absicht, durch die Verweigerung der Diäten, die Sozialdemokraten fern zu halten, nicht erreicht werden kann, so bemüht man sich die Gewährung von Diäten doch als Konzession für den Moment auf, wo man glaubt, es wagen zu können, die lang gehegte Absicht der Beseitigung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts zu verwirklichen. Um diesen Herzenswunsch aller Reaktionen durchzuführen, dazu sollen seinerzeit die Diäten mithelfen. Ob dieser Plan freilich sich jemals wird durchführen lassen, das steht auf einem anderen Blatte. Ohne einen kleinen Staatsstreich wird sich die Beseitigung, des dem deutschen Volke immer theurer werdenden allgemeinen Wahlrechts, nicht erreichen lassen. Staatsstreich sind aber auch zweischneidige Schwerter und es könnte sich fügen, daß die Staatsstreicher selbst mit ihrer Unternehmung recht unliebsame Erfahrungen machen. —

Aus dem Verlaufe der gestrigen Verhandlungen verdient hervorgehoben zu werden, daß, als unser Genosse Voch die bereits in einer der letzten Nummern des „Vorwärts“ zum Abdruck gebrachte Aeußerung der sächsischen Regierung über die Unzulänglichkeit der von den Jünkten und Jnnungen beliebten Meisterprüfungen vordrachte, Herr Adermann die Stirne hatte, die Existenz einer solchen Aeußerung abzuleugnen. Unter schallendem Gelächter der linken Seite des Hauses mußte sich der geschätzte Herr darauf belehren lassen, daß der Bericht, dem die Auslassung entnommen ist, sich unter den Akten befindet, welche den Abgeordneten der sächsischen Kammer zugegangen sind, derselben Kammer, welche den allerdings nicht gerade beneidenswerthen Vorzug hat, Herrn Adermann zum ersten Präsidenten zu wählen. Die Majorität des Reichstags drückte ihre Werthschätzung für die Adermann'schen Anträge dadurch aus, daß sie dieselben nicht einmal für werth hielt, sie an eine Kommission zu verweisen. —

Mangel an moralischem Muth, richtiger und kürzer ausgedrückt: moralische Feigheit nennt es Herr Pindter, wenn die Reichstags-Abgeordneten nicht auch gegen den Willen ihrer Wähler für die Militärvorlage stimmen. Die Wähler mögen sich das merken, und wenn sie nicht wollen, daß sie von ihren Abgeordneten genasführt werden, mögen sie bei der nächsten Wahl jeden Kandidaten, den Pindter und dessen Hintermänner ihnen empfehlen, sofort zum Teufel jagen. Die Logik des Pindter ist übrigens nicht neu — sie stammt aus der Bismarck'schen Schule, und hat sich in der Wahlfreiheit des von Landrath und Gendarmen zur Wahlurne eskortirten Wählers seiner Zeit glänzend offenbart. Auch in diesem kleinen Zug sehen wir, wie vollständig einerlei „der alte Kurs“ des Herrn Caprivi und der des ersten Reichstagslangens ist, und wie selbst die kleinen Formunterschiede verschwinden, die eine Zeit lang zu finden waren — wenigstens gefunden wurden. —

Ein recht interessantes Urtheil über die militärische Bedeutung der Milizheere finden wir in der Nr. 9 des „Militär-Wochenblatt“ vom gestrigen Tage. Dort befindet sich ein „nicht amtliches“ Urtheil: „Betrachtung über den Infanterie-Angriff“, dessen Tendenz dahin geht, in Rücksicht auf die Gefahr der Munitions-Verschleuderung vor der Feuer-Eröffnung auf mittlere oder weite Entfernungen zu warnen.

Wie verhängnisvoll diese Uebelstände einer vorzeitigen Feuer-Eröffnung werden können, zeigen uns die Kämpfe im letzten chilenischen Bürgerkriege.

Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß wir im Erdbeise der Milizen so oft die modernsten Kampfesformen und Kampfsmittel ihre Feuerprobe bestehen sehen. So kommt das heutige Schützengesecht, der Schützenschwärm, zuerst im Befreiungskriege der Vereinigten Staaten von Nordamerika zur Anwendung, die Möglichkeit großer

„Ja, Merken Sie sich aber, Sie dürfen nichts von ihnen nehmen; nur eine kleine Notiz auf ein Stückchen Papier, damit ich sehe, daß sie sicher hinüber gekommen sind.“

Schmul nickte in melancholischem Schweigen. Dies war ein anderer Grund, weshalb er dem jungen Mann grockte. David war sehr strenge und in dieser Beziehung sogar grausam. Schmul wußte es nur zu gut.

Der beleidigte Schmuggler schüttelte die langen Locken über seinen Ohren und fragte schnell, um den Lauf seiner trüben Gedanken zu hemmen, was für Wetter in Sankt Petersburg wäre. Seine schlechte Laune veränderte sich aber in freudige Hoffnung, als David ihn fragte, ob er noch einen Monat an seinem Posten sein würde.

„Ich gehe auf die andere Seite,“ erklärte der junge Mann, „und werde viel einzuführen haben.“

Schmul schnalzte mit der Zunge. Dies war ein Erfah für das Fehlschlagen seiner gegenwärtigen Hoffnungen. Er richtete keine Frage an ihn; David liebte dies nicht und wollte, daß kein Mensch mehr wisse, als er für gut hielt zu erzählen.

„Sie werden mich hoffentlich nicht vergessen,“ sagte Schmul.

„Nein, ich werde es nicht. Sie müssen nur am Blathe sein. Ich werde Ihnen schreiben, damit Sie Zeit haben, sich dorthin zu begeben.“

Dann ließen sie sich in eine Diskussion über die Transportmittel ein und sehr gab Schmul kein Zeichen des Widerstandes mehr von sich. Sie verabschiedeten sich sehr freundschaftlich. Der Schmuggler schwankte zwischen Bewunderung für des anderen Geschicklichkeit und Enttäuschung über die Vereitelung seines eigenen Anschlages.

„Ein pfliffiger Bursche, das läßt sich nicht abstreiten,“ sagte er im Selbstgespräch, indem er die Thüren und Fenster der Schenke zuriegelte. „Nur unser Vater Jakob könnte ihn unterkriegen. Doch könnte er ein wenig saunter mit einem seines Volkes umgehen, besonders wenn derselbe Familienvater ist, dem es so schwer fällt, auf ehrliche Weise eine Koppele zu verdienen.“

(Fortsetzung folgt).

Reiterunternehmungen im Rücken der feindlichen Armee lehrt uns der Sezessionskrieg, Panzer und Thurmgeschiff bestehen im selben Kriege ihre Feuerprobe und mit rauchschwachem Pulver und Mehrladern sehen wir in Chili zum ersten Male Schlachten schlagen.

Das, was der Artikelschreiber als „eigenthümliche Erscheinung“ bezeichnet, kann eben nur dem militärischen Jopse das sein. Wo dieser Jops nicht herrscht, und das ist eben in dem Milizheere der Fall, da hat der Drill die freie Selbstbestimmung und Entscheidung des einzelnen Mannes nicht erstickt und deshalb die nicht eigenthümliche, sondern eigentlich selbstverständliche Erscheinung, daß nicht die Jops- und Drill-Heere, sondern die freien Milizarmeen die Quelle für die militärischen Fortschritte sind. —

Gegen die Militärvorlage sprechen alle offiziellen Kundgebungen, welche sich für die Militärvorlage ins Zeug legen. Alle Kundgebungen stellen unsere Lage so dar, als ob die deutsche Armee, wie sie gegenwärtig besteht, so hinfällig wäre, daß sie beim ersten Anprall von außen zusammenstürzen müßte. Die Militärvorlage soll uns davor schützen und uns eine Armee schaffen, die nach zwölf Jahren kräftig genug sei, um allen Eventualitäten genachsen zu sein. Glücklicherweise sind die offiziellen Auseinandersetzungen der reinste Schwindel, denn andernfalls würden alle Gegner des Deutschen Reiches nicht die Gelegenheit verabsäumen, lieber heute als morgen über uns herzufallen. Die militärische Lage und die äußere Sicherheit des Deutschen Reiches ist heute noch so fest begründet, daß weder Stumm noch Krupp oder Baare und Genossen sie für so bedroht halten, das Verlangen zu stellen, daß ihnen und ihren Kreisen um der Sicherheit des Staats willen besondere Opfer auferlegt werden. —

In der heutigen Sitzung der Budgetkommission (von 10 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags) wurde die Veranlagung des Marine-Etats fortgesetzt. Die 17 Mill. Mark, welche die Regierung für zwei Trockendocks in Kiel forderte — erste Rate 550 000 Mark — wurden abgelehnt. —

Caprivi in Schwulitäten. Durch die Blätter ging dieser Tage die seltsame Nachricht, die deutsche Regierung habe einen General — von Los — nach Rom geschickt, um des Vatikan's Hilfe für Durchführung der Militärvorlage zu erlangen. Die „verzweifelt“ Anstrengungen seien aber „vergeblich“ geblieben. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ steht sich heute bemüht, das schwerste Geschick offiziöser Dementirung gegen diese — Ente aufzufahren und abzufeuern. Daß die Schwulitäten des Herrn von Caprivi so große sind, das hatten wir allerdings nicht vermuthet. —

„Von hochgeschätzter Seite“ — was sonst gleichbedeutend war mit „von Reptilien-Seiten“ — bringt die „Düsseldorfer Zeitung“ eine Berliner Mittheilung, wonach vor der letzten Entscheidung über die Militärvorlage im Reichstage „Se. Majestät der Kaiser noch ein letztes eindringliches Wort der Aufklärung in Form einer an die Volksvertretung gerichteten kaiserlichen Botschaft richten“ werde. Doch „habe diese Absicht die amtlichen Kreise noch nicht beschäftigt“.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ dementirt diese Nachricht, augenscheinlich in der Absicht, der sonst wohl von keinem Menschen beachteten Nachricht größere Verbreitung zu geben. —

Wieder eine Niederlage der Sozialdemokratie steht die „Kreuz-Zeitung“ in der gestrigen Reichstags-Verhandlung, weil sich unsere Partei noch immer nicht dazu herbeiläßt, den Faselien des Abg. Mehnert und den Lobreden des Abg. v. Bachem auf die Eugen Richter'schen „Jrelehren“ mit einem Wibe des sozialdemokratischen Zukunftsstaates entgegenzutreten, sondern sich damit begnügt, in der Umarmung des konservativen Mehnert, des ultramontanen v. Bachem und des deutschfeindlichen Eugen Richter den Jersfall der gesammten kapitalistischen Gesellschaft zu konstatiren, auf deren Trümmern eine neue Gesellschaft emporwächst. Die neue Gesellschaft wächst empor, ohne sich um die Kritik jener Fäulnisobjekte zu kümmern, die ihr zum Dünger dienen. —

Wo soll das Heine-Denkmal hin? Die liberale Bourgeoisie hatte längst ihren Liberalismus begraben, aber sie trug seinen Sarg, wie seiner Zeit die christlichen Spanier den des todtten Eid, noch immer in der Schlacht voran. Immer mehr lichteten sich die Schaaren der Sargträger, und der todtte Eid war längst vergessen von dem großen Haufen derer, die aus Ueberlieferung noch glaubten seinen Namen hochhalten zu müssen, obwohl sie selbst längst mit seinen Segnern gemeinsame Sache gemacht hatten. Und so hatte in der liberalen Bourgeoisie sich noch ein Häuflein gefunden, die dem todtten Eid, Heinrich Heine, ein Denkmal errichten wollten, in der guten Stadt Düsseldorf, dem Geburtsorte Heine's, allwo die deutsche Malerzunft eine vornehmliche Heimstätte hatte. Die Stadt Düsseldorf hatte denn auch drei Plätze zur Auswahl für das Denkmal zur Verfügung gestellt, obwohl die Gegner des Eid bereits mehr und mehr die Oberhand gewonnen. Wiederum aber verstrichen einige Jahre und als Magistrat und Stadtverordnete an ihre Fufage erinnert wurden, da sank ihnen das Herz ob ihres Versprechens in die Hosen und „angesichts der veränderten Verhältnisse“ beschloffen sie einstimmig, nimmermehr zuzugeben, daß ein Platz in Düsseldorf durch das Denkmal des Eid entweiht werden dürfe. „Die veränderten Verhältnisse!“ Hat sich etwa der todtte Eid, alias Heinrich Heine verändert? Verändert hat sich nur die Bourgeoisie, oder vielmehr ihr Fäulnisprozess hat sich beschleunigt. Die „Kreuz-Zeitung“ spottet mit Recht über die „beschämende Thatsache“, und schreibt:

„Wie die National-Zeitung“ versichert, findet der Beschluß (der Düsseldorf'scher Stadtvertretung) nach Mahgabe verschiedener Aufschriften, die ihr aus Düsseldorf zugegangen sind, in der Bürgererschaft „eine sehr getheilte Beurtheilung“. Die „Frankfurter Zeitung“ aber meint, daß sich genug andere rheinische Städte finden werden, die sich eine Ehre daraus machen, sich mit dem Denkmal zu schmücken, und daß auch die Stadt Frankfurt, die so vielfach in die Lebensschicksale Heine's hineinspielt, an der Bewerbung um das Denkmal freudig theilnehmen würde. Die „Volks-Zeitung“ hat Berlin vorgeschlagen. Wir haben nichts dagegen, daß die Juden ihr Heine-Denkmal anbieten, wo sie können. Der Erfolg wird überall derselbe sein. Bei dem heutigen Stande der öffentlichen Meinung in Deutschland wird mit jedem Versuche dieser Art lediglich dem Antisemitismus in die Hände gearbeitet. Wenn dessen Gegner glauben, dies ohne Schaden für sich selbst thun zu können — nur zu!“

Die „Kreuz-Zeitung“ hat gut gehöhnt; sind doch die Sargträger des toten Eid längst in ihr eigenes Lager übergegangen und möchten selbst gerne dessen Leiche loswerden. Erschreckt sie doch selbst noch seine Leiche ebenso wie seine offenen Gegner. Was hat die Bourgeoisie mit Heinrich Heine zu thun? Sie hat seinen lebenslustigen Liedern gelauscht, hat gebubelt über seine Karnevaleskerze und hat nicht beachtet, daß er mitten unter seine Mondscheinsäufer und Parlekinstreiche das Mene Tefel der ganzen Bourgeoisgesellschaft schrieb. Die Bourgeoisie feterte und vergötterte Heinrich Heine, ohne in ihm den Dichter des Proletariats zu ahnen. Jetzt hat das Proletariat ihr die Möglichkeit dieser Selbsttäuschung geraubt, und wäre selbst Heine nicht als Jude geboren, die Stadt möchten wir sehen, die das Wag-niß übernehmen wollte, seinen Denkmahl eine Stätte einzuräumen. Fände sich aber eine solche Stadt, dann müßte in ihr die Arbeiterschaft zu solcher Geltung gelangt sein, daß die hohe Regierung gewiß einem solchen Unternehmen ein Bein stellen würde. Heinrich Heine ist längst für die Bourgeoisie gestorben, seitdem er im Volke selbst lebendig geworden. —

Der PanamaSkandal wird nächsten seinen zweiten Montreprozeß haben. Der erste, augenblicklich noch schwebende Panamaprozeß ist gegen die Gründer der Panamagesellschaft, insbesondere gegen die beiden Lesseps, Fontane, Cottu und Giffel, wegen Betruges gerichtet. Der zweite, der demnächst zur Verhandlung gelangen soll, richtet sich gegen Charles de Lesseps, Henri Cottu und Marius Fontane, dann gegen Rouvier (Maurice), Abgeordneten, früheren Finanzminister; Proust (Antonin), Abgeordneten und früheren Minister der schönen Künste; Tevès, Senator; Renault (Leon), Senator; Grévy (Albert), lebenslänglichen Senator; Beral Senator; Dugue de la Fauconnerie, Abgeordneten; Vauhan, ehemaligen Abgeordneten und Minister der öffentlichen Arbeiten; Sans-Voron, früheren Abgeordneten; Gobron, früheren Abgeordneten; Blondin, Beamten im Kredit Lyonnais — und zwar wegen Bestechung und Beihilfe zur Bestechung. Ein dritter Prozeß steht außerdem noch bevor, ja voraussichtlich noch mehrere. Denn die Nachforschungen führen täglich zur Entdeckung von neuen Schuldigen. — Wie es heißt, ist die französische Polizei dem Abenteuer Arton auf der Spur, der eine ähnliche Rolle gespielt hat wie Cornelius Herz. Dieser ist todkrank — oder stellt sich wenigstens so, und es hat ganz den Anschein, als würde es ihm gelingen, sich der Auslieferung zu entziehen — was für viele einflussreiche Leute in Frankreich eine Lebensfrage ist. —

Die Finanzkorruption, wie sie sich in dem PanamaSkandal offenbart hat, führt logischerweise auch zur politischen Korruption und Reaktion. Ein Blick auf die gestrige Kammerdebatte zeigt das so recht deutlich. Wer vor einem halben Jahre gesagt hätte, eine radikale französische Regierung würde ein Gesetz vorschlagen, welches die Kritik des französischen Sparlassens mit 2 Monaten bis 2 Jahren Gefängnis belegt, wäre für verrückt erklärt worden. Und ein solches Gesetz ist tatsächlich eingebracht worden. Und 326 gegen 178 Abgeordnete haben für dieses monströse Gesetz gestimmt. Wer da noch leugnen will, daß durch die jetzige Regierung der Republik alle Grundzüge und Grundlagen der Republik untergraben und zerstört werden, der ist blind und taub gegen die greifbarsten und schreiendsten Thatsachen. —

La Grande Bataille. Gegen die Boulangisten gründete Lissagaray, der Verfasser des bekannten Werkes über die „Commune“, Ende der 80er Jahre eine Kampfschrift, unter dem Namen „Bataille“ (Die Schlacht). Die „Bataille“, welche gegen das boulangistische Gefindel vortreffliche Dienste that, mußte im Laufe des vorigen Jahres eingehen. Jetzt ist sie, mit Beginn des Jahres, neu auferstanden unter dem erweiterten Titel: „Grande Bataille“ — Große Schlacht —, und hat sich die Aufgabe gestellt, die Feinde der Republik: Boulangisten, Antisemiten, sonstige Panamitarzen, Monarchisten u. s. w. unarmherzig zu bekämpfen und zu verfolgen. Bravo! —

Die Gladstone'schen Reformmaßregeln, für welche die liberale Presse auch in Deutschland so viel Klatsch gemacht hat, sind, bei Lichte besehen, ziemlich bedeutungslos. Das sogenannte „Arbeiterprogramm“, von dem die bürgerlichen Zeitungen zu reden wissen, läuft, von etlichen Kleinigkeiten abgesehen, auf die Umgestaltung des Arbeits-Amtes hinaus, von der noch niemand eine bestimmte Vorstellung hat. Die selbständigen englischen Arbeiter erwarten sehr wenig davon, und viele halten die ganze Reform für Schwindel. Aber selbst wenn alle Versprechungen erfüllt würden, so hätten wir es doch nur mit einer einfach bürgerlichen Maßregel zu thun, die mit Sozialismus nicht das Geringste zu schaffen hat, und das kapitalistische Arbeitsverhältnis gar nicht berührt.

Wit der in der Thronrede angekündigten Wahlreform verhält es sich nicht besser — sie betrifft nur nebensächliche Punkte. Die Hauptmängel des englischen Wahlsystems bestehen darin, daß ein großer Theil des Volks vom Wahlrecht ausgeschlossen, und daß die Einteilung der Wahlkreise eine sehr ungleiche ist. Diesen Mängeln abzuhelfen: der unbilligen Trennung von ländlichen und städtischen Wahlkreisen ein Ende zu machen, die Wahlkreise nach der Kopfzahl gleichmäßig abzutheilen, und das allgemeine gleiche Wahlrecht einzuführen — daran denkt Herr Gladstone gar nicht. Im wesentlichen soll alles beim Alten bleiben. Auch die verheißene Abklärung der Legislaturperioden — jetzt 7 Jahre — will wenig besagen. Und die ganze Ohnmacht des Liberalismus kommt uns zu klarem Verständnis, wenn wir bedenken, daß die Chartisten schon vor mehr denn einem halben Jahrhundert die berühmten „fünf Punkte der Charter“: das allgemeine Wahlrecht, jährliche Parlamente, gleiche Wahlkreise, Tagelöhner für die Mitglieder und geheime Abstimmung gefordert haben. Von diesen fünf Punkten ist nur der letzte verwirklicht, und die übrigen zu verwirklichen, das kommt dem „großen alten Mann“ nicht in den Sinn. —

Parteinachrichten.

Bei der Gemeinderatswahl in Langelsheim siegen in der dritten Wahlklasse drei Kandidaten der Arbeiterpartei.

Sen Berliner Parteitag-Verschlüssen stimmten auch die Parteigenossen in Pöritz und Wibel (Oberhessen) zu. Die

Versammlung in letzterem Orte nahm noch eine Resolution an, in welcher gewünscht wird, der Parteivorstand möge einen Referenten nach Oberhessen entsenden und das Flugblatt gegen den Militarismus recht bald zur Verbreitung gelangen lassen.

Parteiorganisation. In Achern (Baden) wurde am 29. Januar nach einem Vortrage des Redakteurs D. Zielowski aus Offenburg die Gründung eines sozialdemokratischen Arbeiter-Wahlvereins beschlossen, zu dem sich bereits in der Versammlung 48 Personen als Mitglieder meldeten.

Der sozialdemokratische Verein in Breslau hatte am Ende des vorigen Jahres 321 Mitglieder. Die Jahreseinnahme betrug 940 M., die Ausgaben 815 M. Dem Verufe nach sehen sich die Mitglieder wie folgt zusammen: Arbeiter 45, Zigarrenmacher 39, Tischler 32, Schlosser 19, Schuhmacher 15, Putzmacher 15, Strohputzwerker 15, Maler 10, Schneider 8, Schmiede 7, Böttcher 7, Drechsler 7, Former 8, Leinwand 5, Zuschneider 5, Tapezierer 5, Korbschneider 5, Kaufleute 5, Handschuhmacher 5, Klempner 4, Maschinisten 4, Töpfer 3, Metallschleifer 3, Instrumentenbauer 3, Anstreicher 3, Bildhauer 3, Haushälter 3, Buchdrucker 3, Peitschenmacher 2, Stellmacher 2, Müller 2, Knopfmacher 2, Bläser 2, Kistenmacher 2, Buchbinder 2, Zimmerleute 2, Kellner 2, Emailbrenner 1, Eisendreher 1, Ausschälter 1, Schriftsteller 1, Steinschleifer 1, Produktenhändler 1, Ruttcher 1, Vergolder 1, Gastwirth 1, Anschläger 1, Gobler 1, Glaser 1, Steinmetzen 1, Kürschner 1, Sattler 1, Musiker 1, Uhrmacher 1. Der Verein hat im Jahre 1892 zehn Agitationsreisen in die Umgebungen von Breslau unternommen; die Betheiligung daran ließ nach der „Volkswaage“ leider viel zu wünschen übrig.

Ueber die letzte Parteikonferenz der Sozialdemokratie des 14. hanooverschen Wahlkreises Hallerleben-Gishorn, die am 15. Januar in Peine stattfand, wird uns noch mitgeteilt: Bei der Besprechung über die Agitation hob man allerseits hervor, daß diese wegen der Größe des Wahlkreises sehr schwierig ist. Der Kreis erstreckt sich seinem größten Theile nach über die Lüneburger Heide. Außer in vier Landstädtchen, deren Bevölkerung sich meist vom Ackerbau nährt, werden in nicht weniger als 214 Dörfern Wahlen aufgestellt. In einer Urne gehören stellenweise 3—4 Dörfer, so daß wir mit 1/3 hundert Dörfern zu rechnen haben. Trotz der Schwierigkeit der Agitation macht der Sozialismus doch gute Fortschritte. Bei der 1887er Wahl belanden wir 1058 Stimmen, bei der Nachwahl 1878 und bei der 1890er Wahl schon 3218 Stimmen. Jetzt fürchten die Gegner bereits, daß wir das nächste Mal unseren Kandidaten in die Stichwahl bringen werden. Möge sich das erfüllen! Viel wird, so hoffen wir, dazu die Monatsausgabe des „Hannoverschen Volkswillens“ — die „Kundschau“ — beitragen, die regelmäßig in einigen tausend Exemplaren unter der Landbevölkerung des Kreises verteilt wird. Wie sehr dieses so recht verständlich geschriebene Blatt beim Wähler anspricht, hat der „Vorwärts“ schon erwähnt. Die Aussichten unserer Partei sind im 14. Wahlkreise um so bessere, als die Welsen dort einzuziehen beginnen, daß es mit dem wieder hannoversch werden doch nichts wird; sie fangen jetzt an, an ihre wirtschaftliche Lage zu denken, und wir werden es nicht an Agitation fehlen lassen, um sie auf dieser richtigen Bahn zu erhalten. Daß die Konferenz den allbewährten Genossen Zimmermann Friedrich Barneke einstimmig zum Kandidaten für den Reichstag aufstellte, hat der „Vorwärts“ schon mitgeteilt. Erwähnt sei noch, daß der Vertrauensmann für Celle, Ernst Mißelhorn, als Vertrauensmann für den Wahlkreis bestätigt und für Peine der Genosse Kawalewsky zum Vertrauensmann gewählt wurde. Mit dem Versprechen, recht fleißig für die Sozialdemokratie thätig zu sein, gingen die Genossen auseinander. Sie wohnen zum Theil in entlegenen ländlichen Orten und hatten sich selbst durch die schneerewekten Wege nicht vom Besuche der Konferenz abschrecken lassen.

In Leipzig-Connewitz erklärte sich am Montag eine Volksversammlung nach dem Vertratte des Reichstags-Abgeordneten Alb. Schmidt einstimmig mit der Stellung einverstanden, welche die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags zur Nothstandsbekämpfung eingenommen hat. Die Versammlung sprach noch die Erwartung aus, daß die Fraktion bei der Besprechung der Fabrikinspektoren-Berichte die Hilfe des Reiches für die Arbeitslosen erneut fordern werde.

Aus Königsberg i. Pr. wird uns geschrieben: Lokalmangel halber konnte seit langer Zeit hier keine große Versammlung abgehalten werden. Endlich gelang es uns, einen Saal zu bekommen, der allerdings vor den Thoren der Stadt lag. So fand denn am Sonntag eine Volksversammlung statt, die trotz des weiten Weges von ca. 1500 Personen besucht war. Reichstags-Abgeordneter Schulte referirte unter großem Beifall über die Nothstandsinterpellation und die Militärvorlage. Zwei Protestresolutionen, von denen die eine die Militärvorlage, die andere den Nothstand und die bekannten Ausführungen des Staatsministers von Bötticher betraf, wurden einstimmig angenommen. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und unter dem Gesang der Marseillaise endete die imposante Versammlung. Dießmal ist also das Bemühen, uns den Saal abzutreiben, vergeblich gewesen. Am Nachmittag desselben Tages fand noch, zum ersten Male — und zwar im Lokale des Genossen Schulze — eine Versammlung für Frauen und Mädchen statt. Der Anbruch war ein so starker, daß kaum für den überwachenden Beamten Platz geschafft werden konnte. Der Vortrag des Genossen Braun über die Stellung der Frau zur Politik und die Ausführungen der übrigen Redner sowie der Rednerinnen wurden mit großem Interesse und lebhaftem Beifall aufgenommen; alles in allem hat die Versammlung bewiesen, daß auch die Königsberger Frauen von einem vortrefflichen Geiste besetzt sind.

Aus Köln wird uns geschrieben: Gemeinderath und Oberbürgermeister von Köln sind sich beinahe einig, daß von einer außergewöhnlichen Arbeitslosigkeit und einem daraus resultierenden Nothstande in unserer Stadt und ihren Vorstädten nichts zu merken ist. Dieser im schärfsten Sinne des Wortes stiefelwäterliche Standpunkt wird nicht allein in Arbeiterkreisen, sondern auch in anderen Schichten der Bevölkerung ganz entschieden verurtheilt. Der große Bürgerklub ist für Konzerte der oberen Zehntausend und für Karnevalsefreuden der sogenannten besseren Gesellschaft zu jeder Stunde zu haben, wenn jedoch im städtischen Saale über die Noth und die Leiden der unteren Volksklassen berathen werden soll, dann lehnen liberale und ultramontane Gemeinderäthe bald aus diesen, bald aus jenen nichtsofagenden Gründen den Saal ab. Es steht fast aus, als ob den Leitern unseres Gemeinwesens der Sinn für die wirklichen Bedürfnisse der Stadt ganz abhanden gekommen sind, wenn man folgendes in Betracht zieht. Die Stadt Köln hat nämlich neue große Gasanstalten geplant und deren Bau in Angriff genommen, dessen Vollendung auch beim allergünstigsten Wasserstande noch Jahre in Anspruch nehmen wird. Ein unter Napoleon I. von dem Kapitän des Geniecorps M. Wolff erbauter Hafen, welcher vielen Schiffen gegen Eisgang absolute Sicherheit bot, wird nunmehr vernichtet und ausgefüllt. Wir haben weder gegen den Bau des neuen noch die Vernichtung des alten Hafens etwas einzuwenden. Man sollte aber nun meinen, man würde mit der Zuzuhaltung des alten Hafens gewartet haben, bis der neue Bau der Hafenanlage soweit gediehen war, daß die in Köln vom Eise festgehaltenen Schiffe in demselben Unterlauf landen konnten. Aber nein! Der alte Hafen ist bereits so weit vernichtet, daß nur noch ein Duzend größerer Schiffe darin Platz finden konnten, so daß viele Schiffe im offenen Rhein der Gefahr ausgesetzt sind, beim Eisgange erdrückt zu werden. Die Schiffer, deren Hab und Gut so aufs Spiel gesetzt ist, sind natürlich in hochgradiger Aufregung, zumal die Presse von dem Schwabenstreich der hiesigen Behörde, und der dadurch in empfindlicher

Weise geschädigten Leute, keine Notiz genommen hat. Als die Ultrixen im Januar 1814 Köln in Besitz genommen hatten, haben mehrere angebliche Patrioten den Grundstein des von einheimischen Arbeitern unter Leitung eines genialen Franzosen errichteten Hafens, der mit einer französischen und deutschen Inschrift versehen war, herausgewählt und auf einem Dreiflacken nach dem Schindanger gefahren. Das war — gelinde ausgedrückt — eine Dummheit, die jedoch keinen Nachtheil im Gefolge hatte, wie der Schwabenstreich derjenigen Kölner Behörde, die den Sicherheitshafen zu werfen ließ, ehe sie genügende Unterlunft für die in Köln beim Aus- und Einladen vom Eise überlasteten Schiffe geschaffen hatte. Wenn der diesmalige Groß nicht so gelinde abgezogen wäre, würden die am Ufer liegenden Schiffe fast unzweifelhaft erdrückt worden sein! Gestern wurden hier mehrere Menschen, die in einer Schalbe (einem großen Nachen) von dem 16 Stunden oberhalb Deutz gelegenen Neuwied an im Eise getrieben waren und nicht landen konnten, von den kleinen Dampfern „Polapük“ und „Germania“ unter großen eigenen Gefahren und Aufopferung gerettet.

Todtenliste der Partei. In Gegenbach ist der Genosse Sufan Ketterer, ein überzeugter und opferbereiter Anhänger der sozialdemokratischen Partei, gestorben. Er wurde, wie der Offenburger „Volksfreund“ berichtet, im Jahre 1877 trotz, weil er damals als überzeugter Katholik zur ultramontanen Partei hielt. Der „schwarze Schmied“ Ketterer bezog eine ihm von den Ultramontanen besorgte Schmiede, konnte aber, da das Geschäft seinen Meister nicht nährte, die Zinsen nicht bezahlen, und nun war die ultramontane Freundschaft am Ende. Man verheirathete ihm Haus und Werkstatt; nun, da er auf der Straße saß, konnte ihn das ultramontane Christenthum nicht mehr. Er wurde Tagelöhner und machte die Erfahrung, daß der Arbeiter seine Interessen am besten bei der sozialdemokratischen Partei vertreten findet. Für sie agitirte er bis zum letzten Athemzuge. Die Arbeiter der Ardon'schen Hutfabrik, wo er seit 1887 beschäftigt war, und wo man keinen Arbeiter wegen seiner Bestimmung verfolgt, waren bei der Beerdigung Ketterer's vertreten und ehrten ihn durch Spendung eines schönen Kranzes mit rother Schleife und Widmung.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Das Sozialistengesetz wird in Sachen in der Form des dort gültigen sogenannten Vereins- und Versammlungsrechts nicht weiter prakticirt. Versammlungsverbote und ähnliche Akte, die merkwürdigerweise fast immer nur Arbeiter treffen, sind etwas Gewöhnliches. So hat die Dresdener Amtshauptmannschaft, wie der „Wähler“ meldet, jetzt eine für Döhlen angemeldet gewesene Versammlung verboten, weil darin der Genosse Wegler über einen Prozeß, den die Amtshauptmannschaft gegen ihn angestrengt hat, und über die Konzeptionsangelegenheit der den Arbeitern zur Verfügung stehenden Nothen Schänke sprechen wollte. Sie befürchtet, daß Rechtsverdrückungen ausgesprochen und die Behörden in Mithachtung gebracht werden könnten. Also auf die nebelhafte Möglichkeit hin, daß etwas Gefekwidriges vorkommen könnte, wird in Sachen dem freien deutschen Mann das Versammlungsrecht illusorisch gemacht. Wie lange gedenkt man denn, in dieser grundsätzlichen Weise fortzuarbeiten? Glauben die herrschenden Klassen Sachsen der Zukunft wirklich so sicher zu sein, daß sie die Sozialdemokraten stets und ständig als Staatsbürger zweiter Klasse behandeln können?

Soziale Aebersicht.

An die Mitglieder der Orid-Frankenkasse der Drechsler und Vernisgenossen Berlins. Mitglieder! In der am 23. Dezember vorigen Jahres stattgefundenen Versammlung zur Wahl der Delegirten obiger Kasse wurde von verschiedenen Seiten der Meinung Ausdruck gegeben, daß mit aller Entschiedenheit für Einführung der „freien Arztwahl“ einzutreten sei. Um uns nun darüber klar zu werden, in wie weit wir Bestimmungen zu Gunsten der Mitglieder einführen können, ist es notwendig, daß Ihr Eure Meinung den Delegirten unterbreitet. Zu diesem Zwecke findet am Sonntag, den 6. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, eine öffentliche Mitgliederversammlung in den Concorbiasälen, Andreasstraße 64, mit der Tagesordnung statt: Welche Vortheile bietet uns die „freie Arztwahl“ gegenüber dem bisherigen System der Zwangsärzte, und wie stellen sich die Mitglieder obiger Kasse zu der Frage? Referenten: Herr Dr. Mugdan und Herr Hamann. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, für regen Besuch der Versammlung zu agitiren. Legitimation nicht erforderlich.

Achtung, Metallarbeiter! Um die engste Fühlung mit den Kollegen der einzelnen Werkstätten zu erhalten und die Agitation so intensiv als möglich betreiben zu können, haben wir das System der Werkstätten-Vertrauensmänner in unserer Organisation eingeführt. Innerhalb noch stehen indessen eine ganze Anzahl von Werkstätten aus, welche einen solchen Vertrauensmann noch nicht besitzen. Es ergeht daher nochmals die Aufforderung an sämtliche Kollegen, dafür Sorge zu tragen, daß keine Werkstätte ohne Vertrauensmann bleibt, und daß in den großen Fabriken für jeden Saal ein solcher vorhanden ist. Die Versammlungen der Vertrauensmänner finden regelmäßig statt: im Norden jeden ersten Sonnabend im Monat (am 4. Februar bei Müller, Gartenstraße 52); im Süden jeden Sonnabend nach dem 15. jeden Monats bei Siegmund, Eisenbahnstraße 20. Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend. Otto Näher, N., Fehrbellinerstr. 24, Vorhändler.

Achtung, Vergolder! Bei der Firma Langhagen in Hamburg, Bergstr. 13, haben drei Kollegen die Arbeit niedergelegt. Es geschah dies wegen ungebührlicher Behandlung seitens des Werkführers und des Buchhalters. Außerdem stellte man an die Kollegen die Anforderung, des Sonntags bis 6 Uhr Abends zu arbeiten. Zur Charakteristik möge noch dienen, daß in dieser Werkstätte, wo durchschnittlich 3—4 Gehilfen beschäftigt waren, im Verlauf der letzten 3/4 Jahre 28 Kollegen arbeiteten. Aus oben angeführten Gründen wird deshalb eindringlich gewarnt, bei genannter Firm in Arbeit zu treten. Mit kollegialem Gruß Karl Böhm.

Die „Germania“ berichtet aus Harburg unterm 31. Januar: „Zur Frage der Arbeitslosigkeit — so schreibt man dem hiesigen Anzeiger — dürfte ein Vorgang bezeichnend sein, der sich hier ereignete: Die Firma Häler u. Co. ist hier mit der Ausführung von Zement-Beton-Arbeiten beschäftigt; diese Arbeit muß in einem Zuge ausgeführt werden, damit der Zement nicht abbinde. Die Firma läßt in gewärmten Räumen 11 Stunden arbeiten und zahlt für die Stunde, da die Arbeit nicht schwer ist, 28 Pfennige. Sie hatte eine Anzahl hiesiger Arbeiter, sogar mehr als eigentlich notwendig waren, auf Mitten derselben eingestellt. Gestern erkrankten nun die Arbeiter, daß es hier nicht Mode sei, 11 Stunden zu arbeiten, sondern höchstens 10, und legten, da der Unternehmer nicht darauf einging, die Arbeit nieder.“

Die „Germania“ druckt diese Mittheilung ohne Bemerkung ab, dennoch hält sie es auch für „bezeichnend“, daß die Harburger Arbeitslosen trotz ihrer Noth doch lieber weiter hungern, als den anderen Arbeitern durch Verlängerung des Arbeitstages das Brot wegzunehmen. Bezeichnend ist es vielmehr für die „Arbeiterfreundlichkeit“ des Berliner Hauptblatts der katholischen Kirche, daß es den Harburger Arbeitslosen das Lob versagt, das ihnen für ihre uneigennütige Handlung gebührt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 2. Februar. Opernhaus. Bajazzo. Vorher: Die Jahreszeiten. Schauspielhaus. Kriemhilde. Deutsches Theater. Die Jüdin von Toledo. Berliner Theater. Der Komödiant. Lessing-Theater. Eine Palastrevolution. Wallner-Theater. Der Probepfeil. Kroll's Theater. Jar und Zimmermann. Viktorien-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen. Residenz-Theater. Gläubiger. — Familie Pont-Biquet. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Färsin Ninetta. Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon. Thomas-Theater. Der Distanzritt. Neues Theater. Zwingende Gewalten. National-Theater. Moderne Menschen. Alexanderplatz-Theater. Die Königstochter als Bettlerin. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater. Zum 40. Male: Modernes Babylon. Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets theilweise von G. Görs. Musik von G. Stoffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater. Novität! Novität! Der Dussel (Nulpus) Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner. (Klemm - Ede - Martin Bendix.) Alfred Bender in seinem neuesten Originalvortrag Der Volksmund in Berlin. Blank, der beste Bauchredner. Unhaltender Erfolg. Die Trockenwohner.

Castan's Panoptikum. Hagenbeck's gr. zoolog. Wunder: Lili. kleinfl. lebend. Elefant d. Welt, 90 Zentimeter hoch, 110 Zentimeter lang, 78 Kilo schwer. Tai-za-Wunder-Illusionen-Theater. Grosses Künstler-Konzert. Sämmtlich ohne Extra-Entree.

Passage-Panoptikum. Neu! Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Kaufmann's Variété Am Stadthnhof Alexanderplatz. Vollständig neues Programm. 13 neue Nummern. Im Theater ist durch die neue Heizanlage eine angenehme warme Temperatur. Anfang Wochentags 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Vereinszimmer, 60 Pers. fassend, mehrere Tage frei. Stallschreiberstrasse 29, Schöning. 1163b

Circus Renz. (Karlststraße.) Donnerstag, den 2. Februar 1893, Abends 7 1/4 Uhr: Gala-Sport-Vorstellung. Novität! Ein Künstlerfest. Novität! Große Ausstattungs-Pantomime vom Hofballetmeister A. Siems. Mit überraschenden Licht- und Wasserreflexen. Auf das Glänzendste in Szene gesetzt vom Direktor Fr. Renz. Grosser Blumen-Corso. Ballet von 100 Damen. Außerdem besonders gewähltes Programm; u. a. Mr. James Pillis mit dem Schulpferde Gorminal. Grande Quadrille de la haute equitation, geritten von 6 Damen und 6 Herren. Hippologischer Kongress von 36 der edelsten Vollblutpferde vorgeführt vom Direktor Fr. Renz. Morgen, Freitag: Wiederholung der Festvorstellung. Sonntag: 2 große Vorstellungen um 4 Uhr (1 Kind frei) und um 7 1/2 Uhr. Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidendank“, Marktgrafenstrasse 51a. Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast Burgstraße, neben der Börse. Heute: Gr. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr. Kasseneröffnung 1 Std. vorher. Entree 50 Pf.

Etablissement Buggenhagen. Täglich: Instrumental-Konzert. Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von Vahenhofer Lagerbier, hell und dunkel. In Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt. Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Gratweil's Bierhallen Kommandantenstraße 77-79. Täglich: Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger. Kinder 10 Pf. Wochentags frei. Sonntags 30 Pfennig. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Zwei Säle zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen, F. Sadtke.

Nebelin's Bierhaus Langestraße 108. Mein kleiner Saal mehrere Tage (auch Sonnabend) noch frei. 3598L. Vereinszimmer, Simeonstr. 23, Bild.

Städtische, Klippische. Wäschengarderobe. Neu, f. Herren u. Damen, preiswerth. Hochzeitskleider, Gesellschafts-, Ballkleider. Brandenburgerstr. 34. 47/9. Damen-Wäschengarderobe verleiht G. Jacobi, Kaufherrstr. 39. 1093b. Maskentiesel und Ballschuhe in gr. Ausw. verleiht bill. J. Pieper, Schuhmachermeister, Anklamerstr. 22. Lieferant des Konsumvereins „Norden“. Geist, Waffen, Staub-Pantoffeln, Wessensfonds- und Panama-Mützen (als zeitgemäße humoristische Kopfbed.), sowie den Moloch als Maske empf. M. Kessler, Yorlstr. 5, Erfurt.

Gardinen-Neste zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der part. Eing. Fabrik Grüner Weg 80, vom Fluss. Betten, feiner Stand, neu, sofort 22 M. zu verk. Briggstr. 10, v. part. Kinderwagen. Größtes Lager Berlins. Andreasstr. 23, Dv. Kanarienvoller 5 M., Mädchen 1,50 M., Heubauer 2,50 M. 3608E. Schnelle, Elstigerstr. 132.

Arbeitsmarkt. 1 Ges. auf Koffer, verl. Mundt, Fruchtstr. 36. 1177b. Nach außerhalb wird für eine gut eingerichtete Petroleum-Brenner-Fabrik ein erfahrener Klempner-Meister gesucht, welcher in der Zusammenführung von Brennern erfahren, möglichst auch Polir- und Stülper-Arbeiten selbstständig zu leiten im Stande ist. Näheres bei Hirschhorn, Köpckeplatz 149.

Unsern Freunde und Genossen vom 5. Wahlverein, Ernst Wittchow, ein dreimal donnerndes Hoch, daß der ganze „Bilderladen“ wackelt. 11755 „Der Stamm“.

Unf. Reminiscenz-Bücher Wittchow zum Geburtstag die besten Wünsche. 11726 Die Gummibrüder.

Als Verlobte empfehlen sich Elise Betenhardt, Otto Groß, Berlin. 11705

Todes-Anzeige. Am Dienstag, den 31. Januar, Morgens 9 Uhr, verschied nach längerem schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Metallstecher Paul Splitt. Sein kollegiales Wesen und sein biederer Charakter sichern ihm ein dauerndes Andenken. Die Beerdigung findet Sonntag, Vorm. 10 Uhr, auf dem Emmaus-Kirchhof statt. Die Kollegen der Fabrik Fuhke & Co.

Freunden und Genossen zur Nachricht, daß meine Frau Cäcilie, geb. Schieser, am 31. Januar entschlafen ist. 11746 S. Walschert.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine Frau Marie, geb. Rnth, am 31. Januar gestorben ist. 11735 Die Beerdigung findet Freitag Nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Zion's-Kirchhofs aus statt. W. Lorenz, Schwedterstr. 254a.

Dankagung. Den Kollegen meines verstorbenen Mannes, des Schlossers Robert Hall, aus den Verhältnissen G. Wehr, Gebr. Nagelo, Groß u. Graf, sowie den Freunden desselben, sage für die Kranzspenden und Beteiligungen bei der Beerdigung meinen herzlichsten Dank. Insbesondere sage auch Herrn Prediger Beierhofer für die trostreichen Worte am Grabe meinen Dank. 11715 Wwe. Hall.

Dankagung. Für die liebevolle Theilnahme bei der Beerdigung meines unvergesslichen Gatten Carl Andersch, Werkzeugmacher in der Senter'schen Fabrik, sage ich der Direktion sowie den Herren Werkstern, Kollegen und Mitarbeitern, Freunden und Bekannten, sowie dem Herrn Prediger Stäge für die trostreichen Worte und für die zahlreichen Blumen-spenden von Nah und Fern herzlichsten Dank. 1178b Wittwe Andersch nebst Sohn.

Quittung. Von der Gewerkschaftskommission Brandenburg wurden mir heute 20 M. für die gemahregelten Arbeiter der Firma S. E. Schriewind, zugeschiedt, worüber ich hiermit dankend quittire. 36209 Saan, den 25. Januar 1893. Carl Küpper. Bevollmächtigter der Filiale Haan des Textilarbeiter-Verbandes.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weissbinder) und Stuckateure Deutschlands. „Grundstein zur Einigkeit“. Oertliche Verwaltungsstelle Berlin. Sonntag, den 5. Februar 1893: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung in Schaffer's Salon, Inselstr. 10 II. Tagesordnung: 1. Bekanntmachung der wichtigsten Punkte der neuen Einrichtungen, betr. Kasse- und Apotheker-Frage. 2. Diskussion. NB. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß das Kassenlokal an diesem Sonntag geschlossen ist. 255/4 Die örtliche Verwaltung.

Ein grosser Posten schadhafter Steppdecken mit kleinen Steppschlern! A 3, 4, 5 M. Werth das Doppelte! circa 1000 Stück schwere buntfarbige Normal-Schlafdecken mit kleinen Maschnenflecken, in reizenden Jacquard-Mustern, Grösse 150 x 200 cm. per Stück 4,50 M. sonstiger Preis 9 M. Meine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franco. 3658L Steppdecken-Fabrik Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158. Homöopathische Klinik, Brunnenstrasse 40, Spr. 11-12, 4-5, Etg. 9-10.

Freie Volksbühne.

Am Sonntag, den 5. Februar, Nachmittags 2 1/2 Uhr, findet für die 3. Abtheilung eine Vorstellung im „National-Theater“ statt. Zur Aufführung gelangt das Schauspiel von Paul Bader: Andere Beiken. Am Sonntag, den 12. Februar, Nachm. 2 1/2 Uhr, wird das Schauspiel für die IV. Abtheilung (braune Karten) wiederholt. Mitglieder für die IV. Abtheilung werden in allen Zahlstellen vom Freitag, den 3. d. M., ab aufgenommen. Am Sonntag, den 19. Februar, findet für die I., am Sonntag, den 26. Februar für die II. Abtheilung je eine Vorstellung im Lessing-Theater statt. Zur Aufführung gelangt an beiden Tagen Das vierte Gebot. von Ludwig Anzengruber. Der Vorstand macht die Mitglieder noch einmal darauf aufmerksam, daß nur eine beschränkte Anzahl von Billets zum Winterfest ausgegeben sind und daß vom 5. Februar an diese Billets à 30 Pf. auch an Nichtmitglieder verkauft werden. Der Vorstand der Freien Volksbühne. J. A.: Julius Türk, SW., Solmsstr. 24. 389/1

Verein Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.

2 Wiener Masken-Bälle

am Sonnabend, den 4. Februar 1893, in den Räumen der Berliner Bockbrauerei und in denen der Brauerei Friedrichshain. 283/2 Billets à 50 Pf. sind bei den Herren Stolle, Oranienstr. 126 II., und Graumann, Bärthstr. 21, S. II., zu haben; außerdem werden solche für die Brauerei Friedrichshain von Herrn G. Köhn, Remelerstr. 50 III., und solche für die Berliner Bockbrauerei von den Herren J. Massini, Bellealliancestr. 66, Hof III., und Karl Möhle, Bellealliancestr. 11, Quergeb. I., vorrätig gehalten. Anfang 9 Uhr. Um recht regen Zuspruch ersucht Die Kommission.

Deutsch. Tischlerverband

(Zahlstelle Berlin). Sonnabend, den 4. Februar 1893, in den „Konfordia-Festsaal“, Andreasstr. 64: Grosser Wiener Masken-Ball. Anfang 8 1/2 Uhr. Billets à 50 Pf. sind auf allen Zahlstellen, sowie bei den Vorstandsmitgliedern zu haben. Hierzu ladet Freunde und Kollegen ein Die Ortsverwaltung.

Vorläufige Anzeige! Achtung! Vorläufige Anzeige!

Genossen Berlins! Am Sonntag, den 19. März d. J., findet anlässlich des 10. Todestages von Carl Marx eine vom Leseklub „Carl Marx“ veranstaltete Gedächtnis-Feier in den Gesamträumen des Feen-Palastes statt, verbunden mit Festsrede, Vokal- und Instrumental-Konzert nebst lebenden Bildern. 198/18 J. A.: Der Vorstand.

Heute, Donnerstag, den 2. Februar, Abends 9 Uhr, bei Buggenhagen, Moritzplatz: 1169b Große öffentliche Versammlung aller im Handelsgewerbe angestellten Personen, wie Handlungsgehilfen, -Gehilfinnen, Hausdiener, Packer, in der gegen die Absicht der Regierung protestirt werden soll, die sonntäglichen Arbeitsstunden auf den Nachmittag zu verlegen. Zu dieser Versammlung laden die Kollegen dringend ein Die Einberufer.

Schweidnitz! Öffentliche Partei-Versammlung

Sonntag, den 5. Februar, Abends 6 Uhr, im Gasthof „Zum weißen Bär“, Breslauerstr. 24. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Bleicher über Antisemitismus und Sozialismus. 2. Diskussion. 3. Berichterstattung des Delegirten vom Schlesisch-Posenschen Parteitag. Frauen haben Zutritt. 368/5 Der Einberufer.

Genossenschafts-Bäckerei für Berlin u. Umg.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.) Den Mitgliedern der Genossenschafts-Bäckerei wird hiermit bekannt gegeben, daß sich der Aufsichtsrath veranlaßt gesehen hat, die Vorstandsmitglieder Adolf Scholz und Hugo Lazarus von heute ab ihres Amtes zu entsetzen. An Stelle des bisherigen Vorstandes führen bis zu der General-Versammlung die Geschäfte des Vorstandes: 1. Der Gastwirth Gustav Spielermann in Berlin als Geschäftsführer, 2. Der Gastwirth Adolf Engel in Berlin als Kassirer. Die Generalversammlung wird in kürzester Frist einberufen werden. Genossenschafts-Bäckerei für Berlin und Umgegend. Der Aufsichtsrath: Gustav Spielermann.

Gäster Langensalza'er Kantabaf von Gebrüder Adler.

Zu haben in den meisten Tabakhandlungen Berlins und Umgegend. Cigaretten - Engros-lager in den Preislagen von M. 25,- bis M. 100,-; Haupt-Niederlage: Jüdenstrasse 20. Hierdurch zur Mittheilung, daß ich auch in Rixdorf, Bergstraße 123, von 12-2 Uhr täglich Sprechstunden abhalte. J. Semmel, prakt. Zahnarzt.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

84. Sitzung vom 1. Februar 1893, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Büttcher.
Der erste Staatsanwalt in Straßburg läßt durch den Statthalter der Reichslande beim Reichstage die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Dr. North wegen Vergehens gegen Artikel 209 des Handelsgesetzbuches nachsuchen. Das betreffende Schreiben geht an die Geschäftsordnungs-Kommission.

Zur Verathung stehen die Anträge Ackermann und Genossen, welche einen erweiterten Schutz des Handwerks bezwecken, und zwar zunächst diejenigen Punkte dieser Anträge, welche die Vorlegung von Gesetzentwürfen zur Beschränkung der Abzahlungsgeschäfte, zur Einschränkung des Hausirhandels und zum Verbot desselben durch Detailreisende, sowie zum Verbot der Wanderlager und Waarenauktionen verlangen.

Gleichzeitig zur Debatte gestellt werden die auf den Hausirhandel bezüglichen Anträge des Zentrums auf Abänderung der Gewerbe-Ordnung.

Abg. Ackermann (D.) begründet die vorerwähnten Anträge. Von den Abzahlungsgeschäften wolle er heute nicht sprechen, da der inzwischen von den verbündeten Regierungen vorgelegte Gesetzentwurf bereits kommissarischer Verathung unterliege. Wanderlager und Waarenauktionen seien keine wirtschaftliche Nothwendigkeit. Der Hausirhandel sei meistens ein Krebsgeschwür für das stehende Gewerbe und für die Bevölkerung, welche von den Hausirern heimgesucht worden, ein direkter Nothleid. Abgesehen von etwaigen durch das Bedürfnis des Verkehrs unerlässlich gebotenen Ausnahmen müsse er verboten oder wenigstens unter eine viel strengere Kontrolle als bisher gestellt werden. So besäßen sich zahlreiche Hausirer mit einem wirklichen Großbetriebe. Sie kämen mit 2 oder noch mehr Gespannen in den Ort und legten durch ihr Auftreten den ganzen legitimen Handel lahm. Sie betrieben auch vielfach die Besorgung von Reparaturen, was doch unmöglich unter den Begriff von Handel fallen könne.

Abg. Schäfer (Z.): Wie erblicken in dem um sich greifenden Hausirhandel ebenso eine Schädigung der Industrie wie der Volkswirthschaft. Es handelt sich bei dem von uns vorgelegten Gesetzentwurf durchaus nicht um ein absolutes Verbot des Hausirhandels, wohl aber treten wir ein für eine Beschränkung desselben und für Beseitigung der ihm anhängenden Auswüchse. Wir haben auch nicht etwa, wie man früher behauptet hat, sämtliche Hausirer als schlechte Kerle hingestellt. Weiter wollen wir durch diesen Gesetzentwurf den Schutz des kleinen seßhaften Kaufmanns und Handwerkers, ohne deshalb das Interesse des berechtigten Hausirgewerbes zu schädigen. Es muß dem Wildstand ein Ende gemacht werden, daß gewisse Hausirer mit 10—12 Gespannen die ganze Gegend, innerhalb derer sie ihren Wohnsitz haben, überschwemmen und damit sowohl dem stehenden Gewerbe als dem ehrlichen Hausirer eine ruinöse Konkurrenz machen. Ferner erweitert unser Entwurf den Begriff des Hausirhandels auch dahin, daß unter ihn das Waarenfeilbieten und das Waarenbestellungs-aussuchen an Orte fallen soll. Verbieten wollen wir sodann den Hausirhandel mit Zigarren und Tabak, mit Pflanzstoffen und Luxusartikeln, sowie mit Uhren aller Art, endlich mit Hintertreppentrömmeln in Lieferungen. In der Regel ausgeschlossen soll auch sein der Hausirhandel mit Kolonial- und Materialwaaren, Manufakturwaaren und mit handwerksmäßig angefertigten Waaren mit Ausnahme der vom Verkäufer selbst angefertigten. Entsprechende verschärfte Bestimmungen schlägt unser Entwurf bezüglich der Ertheilung des Wandergewerbescheins vor und demgemäß verschärfte Strafbestimmungen. Den Angehörigen derjenigen Gemeinden, welche zur Gewinnung ihres Lebensunterhalts auf den Gewerbebetrieb im Umherziehen angewiesen sind, soll nach unserm Entwurf der Betrieb im bisherigen Umfang gestattet bleiben. Jedenfalls darf der Reichstag angeht die Schäden, welche sich auf dem in Rede stehenden Gebiet offenbart haben, nicht länger hinter dem Ofen sitzen bleiben. Ich beantrage, die Anträge einer Kommission, etwa der für die Abzahlungsgeschäfte zu überweisen. In letzter Zeit ist eine Noth durch die Presse gegangen, wonach dem Reichstage in der nächsten Session eine Novelle zur Gewerbe-Ordnung vorgelegt werden soll. Das muß mißtrauisch machen, dem von dem Antrage Bayerns wegen des Hausirhandels hat man schon geraume Zeit nicht mehr gehört und von einem anderen Antrage Bayerns schon seit 2 Jahren nichts mehr. Ich hoffe, daß der Reichstag sich nicht damit abfinden lassen wird.

Abg. Schneider-Nordhausen (D.): Die hochgradige Abneigung des Herrn Ackermann gegen Wanderlager und Waarenauktionen läßt ihn das Nützliche dieser Einrichtungen vollständig verkennen. Der Zentrumsantrag stellt in seinem ersten Theile auch die Konsumvereine, die nur an Mitgliedern verkaufen, bezüglich des Kleinhandels mit Branntwein und Spirituosen unter die Konzeptionspflicht. Gegen diese gelegentliche Durchbrechung des Prinzips der Gewerbe-Ordnung müssen wir protestieren. Für Preußen hat jedenfalls das Oberverwaltungsgericht anerkannt, daß die Konsumvereine, die nur an Mitglieder verkaufen, nicht Konzeptionspflichtig sind, weil sie eben nicht als Gewerbetreibende anzusehen seien! Ein besonderes Ausnahmegesetz für sie einzuführen, dazu liege kein Bedürfnis vor. Die vorgeschlagenen Beschränkungen des Hausirhandels sollen nach der Befundung der Antragsteller den legitimen Hausirhandel durchaus nicht unterdrücken. Es ist aber die Ausführung dieser Absicht in den vorgeschlagenen Abänderungen absolut nicht zu erkennen. Das Zentrum will ja ebenso wie die Konservativen den Mittelstand nützen und schützen. Der Hausirhandel gehört ebenso zum Mittelstand wie der von diesen Parteien so bevorzugte ansässige Handel. Wenn Sie nach der vorgeschlagenen Abänderung des § 60 der Gewerbe-Ordnung den Hausirhandel auf den Bezirk derjenigen Behörde, welche den Schein ertheilt hat, und für den Gewerbebetrieb in einem anderen Bezirk die Ausdehnung des Wandergewerbescheins durch die entsprechende zuständige Behörde vorschreiben, zugleich aber die Verfassung zulassen, wenn ein Bedürfnis für die Ausdehnung nach Ansicht der betreffenden Behörde nicht besteht, so kann darin eine Schonung der berechtigten Interessen des Hausirhandels nicht mehr gefunden werden. Die Einschränkung des Kreises der zu vertretenden Waaren fällt unter ganz denselben Gesichtspunkt; dabei ist der Begriff Luxusartikel sehr dehnbar und in der Praxis die Ursache der bösesten Schikane. Unter die verbotenen Lieferungsgegenstände können sehr leicht auch unsere Klassiker und Konversationslexika fallen. Dieselbe Unklarheit bieten die Ausdrücke Manufakturwaaren und handwerksmäßig angefertigte Waaren; die letztere Bestimmung ist vollständig dunkel. Eine grundsätzliche Umwandlung des ganzen Hausirhandels muß vor allem die Aufmerksamkeit der Bundesrathsfrage zur Folge haben. Ein Pfaster auf die Wunden, welche alle diese Beschränkungen aufschlagen, steht § 56b dar, welcher den Angehörigen der auf Hausirhandel angewiesenen Gemeinden die bisherigen Berechtigungen beläßt. Mit dieser Bestimmung ist aber nichts gewonnen; sie schafft lediglich zwei Kategorien von Hausirhandeln, einen alten, besitzlich mit alten Vorrechten, und einen neuen, allen diesen Beschränkungen unterworfenen. Bei alledem soll auch noch der Bundesrath die näheren Bestimmungen erlassen

und damit steten Anlaß zu Unzufriedenheit und Beschwerden geben seitens derer, die das Privilegium nicht erlangen können. Zu dieser Bestimmung scheint doch wohl die Verlegenheit der Antragsteller wegen einer geschicklichen Formulierung der Sache geführt zu haben: Wenn man nicht weiß, was man mit einer Sache machen soll, dann überweist man sie dem Bundesrath (Weiterkeit), wie es auch beim Befähigungsnachweis geschehen ist. Hiernach scheint mir die Vorlage für alle dabei in Betracht kommenden Theile, Hausirer wie Konsumenten, unannehmbar. Gegen Kommissionsberathung wollen wir nichts einwenden, obwohl etwas weiteres als schätzbares Material nicht dabei herauskommen wird.

Abg. von Strombeck (Z.) hält es für sehr bedenklich, wegen einzelner Auswüchse, die sich beim Hausirgewerbe gezeigt haben, generelle Maßregeln zur Abhilfe durch die Gesetzgebung vorzuschlagen. Denselben Fehler, den die Urheber der vielfachen Petitionen an den Reichstag gemacht hätten, mache auch die große Mehrheit des Zentrums. Er als Angehöriger der Wünderheit habe den Antrag nicht unterschrieben und könne seine Annahme nicht empfehlen.

Abg. Holtmann (nl.): Das Verbot des Hausirhandels in der bisherigen Form würde eine Reihe von Ortschaften in industriearmen Gegenden vollständig ruinieren. Der ganze Inhalt aller der Petitionen, welche gegen den Hausirhandel eingebracht sind, der: Schafft mir einen ungleicheren Konkurrenten vom Hals! Die Hausirer sind keineswegs die eigentliche Konkurrenz des seßhaften Gewerbes. Der Zentrumsantrag will auch den Frauen den Gewerbebetrieb im Umherziehen verbieten. Damit würde eine ganz enorme Schädigung der betreffenden Erwerbskreise herbeigeführt werden. Die Steuer für den Wander-Gewerbeschein ist schon heute nicht gering; soll der Hausirer nun für jeden Regierungsbezirk einen besonderen Schein lösen, so wird diese Steuerlast für ihn unerträglich werden. Im sächsischen Erzgebirge hat gerade der Hausirhandel ungemein bildend und die Intelligenz fördernd auf die Bevölkerung eingewirkt. Leben und leben lassen ist im Gewerbebetriebe der oberste Grundsatz; der sollte auch hier beachtet werden.

Abg. Bock (Soz.): Die Hausirer sind keineswegs immer Leute, die mit Wagen und Pferden auf das Land fahren. Tausende und hunderttausende von Hausirern gehen mit einem 1/4 Zentner schweren Riß Morgens bis Abends von einem Ort zum andern und mühen sich redlich ab. Sie nähern mit ihrem Antrag nicht nur nichts, Sie sind auch inkonsequent. Die großen Hausirer sind viel gefährlicher als die kleinen. Wollen Sie etwa die großen Versandgeschäfte von Rudolf Herzog und Mey u. Endlich auch mit einem Gesetze treffen? Herr Rudolf Herzog überflammt mit seinen Katalogen ganz Deutschland und bietet seine Waaren zu billigeren Preisen, als das stehende Gewerbe am Orte es kann, zum Kauf an. Rudolf Herzog steht Ihnen freilich viel näher, als diese kleinen Hausirer, die von Ort zu Ort ziehen, um Schuhwaaren zu stücken. Wenn die Anträge so weit gehen, diesen Leuten, die am untersten Rande des Lebens angekommen sind, das Hausirgewerbe zu verbieten, so ist doch das ein starkes Stück von Interessenspolitik. In Thüringen giebt es Gegenden, die von dem Hausirhandel leben müssen, da es meist so hochgelegene Orte sind, daß Ackerbau und Handwerk dort gar nicht betrieben werden können. Wenn Sie die Bestimmung im Gesetz aufnehmen, daß Manufakturwaaren nicht mehr haufirt werden dürfen, so schneiden Sie damit einem großen Theile von Arbeitern und kleinen Leuten den einzigen Ernährungs-zweig ab. Sehr eigentümlich ist es, daß der Zentrumsantrag die Ertheilung des Hausirbescheins nur an mindestens 25-jährige Männer zulassen will. Soldat werden muß der Mann schon mit dem 20. Jahre; aber haufiren gehen soll er erst, wenn er 25 Jahre alt geworden ist! Unter den Hausirern befinden sich eine große Menge von kleinen Unfallrentnern, die nebenbei durch den Hausirhandel ihre Existenz zu fristen suchen. Ich bin fest überzeugt, daß unter dem beabsichtigten Gesetz der Hausirhandel gar nicht mehr aufkommen kann, und das ist wohl auch der Wunsch der Antragsteller. Daß die Hausirer in Petitionen ohne Namensnennung als eine wahre Landplage dargestellt werden, durch welche Ehrlichkeit, Solidität und Moralität gefährdet sei, — wenn man einem ganzen Stande so jede Ehre abschneidet, so muß ich dagegen protestieren. Natürlich sind auch unter den Hausirern solche Elemente, aber deshalb darf man nicht den ganzen Stand verunglimpfen. Sie von der Rechten, die Sie immer vorgeben, die Landwirtschaft schützen zu wollen, schützen Sie mit diesen Bestimmungen keineswegs. Denn mancher kleine Bauer und Landarbeiter würde nicht in die Stadt gehen, wenn ihm die Waaren durch Hausirer ins Haus gebracht werden. Ich vernehme übrigens die Konsequenz in diesen Bestimmungen, man müßte doch folgerichtig auch den Hausirhandel mit Eiern und Butter verbieten. Dieser Handel schädigt doch die seßhaften ländlichen Gewerbetreibenden auch. Sie wollen den Hausirhandel mit Schundliteratur verbieten. Dann müßten Sie doch erst feststellen, was Schundliteratur ist, also eine Zensur einführen, und damit wären wir ja dann wohl ein herrliches Stück rückwärts. Sie benehmen mit Ihren Anträgen nur die völlige Hilflosigkeit des kleinen Handwerkerstandes, dem Sie mit solchen Mitteln helfen wollen, aber nicht helfen können. Wenn wir eine Politik der Boshheit trieben, müßten wir wie beim Befähigungsnachweis so auch hier wünschen, daß diese Vorschläge Gesetz würden. Dann würde klar vor Aller Augen bewiesen sein, daß es auf diesem Wege mit der Hilfe nicht geht. Wenn der Abg. Schäfer hofft, daß die Regierung geneigt sein würde, auf diese Wünsche einzugehen, so glaube ich, daß er damit wenig Glück haben wird; denn Sie befinden sich mit diesen Vorschlägen im Widerspruch mit der Regierung. Die Regierung selbst ist einsichtiger als das Zentrum und die Rechte. Wir können also nicht glauben, daß diese Anträge ernst zu nehmen sein sollen, und bitten deshalb, sie abzulehnen.

Abg. Stemm-Ludwigshafen (nl.): So wie er ist, kann der Antrag des Zentrums wohl nicht Gesetz werden; dazu enthält er zu viel Unklarheiten. Der Passus von den handwerksmäßig hergestellten Arbeiten ist vollständig unklar; ebenso der Ausschluß der Frauen. Kommissionsberathung ist durchaus erforderlich.

Abg. Büchel (Antisemit) ist erfreut, daß endlich nach Jahre langen Bemühungen auch seiner Freunde etwas von Seiten der Regierung wenigstens gegen die Abzahlungsgeschäfte geschehen soll. Ein Charakteristikum und auch das Gefährliche des Abzahlungsgeschäfts sehen wir in dem Umstand, daß in diesen Geschäften nicht bestimmte Artikel, sondern alle möglichen Wirthschafts-, Gebrauchs- und Handwerksgegenstände zu haben sind. Gründlich lahm legen läßt sich dieses Geschäft allerdings nur, wenn die gegenwärtigen Grundzüge der Gewerbeordnung gänzlich aufgegeben werden. Handwerkerzeugnisse darf nur verkaufen, wer die Befähigung, das betreffende Handwerk zu betreiben, nachgewiesen hat. Darauf beruhte die Blüthe der früheren Jänste, darauf wird sich auch eine neue Blüthe des Handwerks aufbauen. Die Wanderlager sind durchaus noch keine Seltenheit geworden und das Einschreiben gegen sie ist nach wie vor ein dringendes Erforderniß. Nicht bloß den Wanderlagern, sondern auch den Ausverkäufern mit ihren schwindelhaften Reklamen und falschen Angaben über ungeheure Vorräthe muß ein viel schärferes Augenmerk seitens der Polizei zugewendet werden, desgleichen den Inseraten selbst, die sich vielleicht, wenn wieder einmal für Reklamezwecke Geld gebraucht wird, für eine Reklamesteuer sehr gut eignen würden.

Das Recht zu haufiren muß jenen Leuten gewährt werden, welche sich auf andere Weise nicht ernähren können, denen, die Waaren selbst erzeugen, dann den Invaliden, den Arbeitsunfähigen, endlich den Bewohnern armer Gegenden, wie des Westerwaldes etc. Im übrigen aber muß gegen die Hausirer aufs schärfste vorgegangen werden, so gegen alle diejenigen, welche das Gewerbe aus angeborenem Hange zum Handel und aus angeborenem Abscheu vor körperlicher Arbeit betreiben. Diese sind thatsächlich zur Landplage geworden; es sind dieselben, die mit Land handeln, daneben aber Viehhandel und Geldgeschäfte betreiben und für weite Bezirke unseres Vaterlandes ein wahres Unglück geworden sind. In dem Antrage des Zentrums sei hauptsächlich die Vorschrift zu schützen, daß Hausirer Häuser und Geschäfte nicht betreten dürfen, bei welchen ihnen das Betreten durch Anschlag verboten ist. Redner würde empfehlen, den Passus dahin zu erweitern, daß das Verbot speziell auf jüdische Hausirer ausgedehnt würde; er werde sogar gern bereit sein, Zettel mit der Aufschrift: Jüdischen Hausirern ist der Zutritt verboten! auf seine Kosten drucken zu lassen und gratis zum Ankleben zu vertheilen. Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Bock und legt dann die Gefährlichkeit des Hausirhandels mit Vieh näher dar. Gerade durch diesen Handel werde die Maul- und Klauen-seuche und die Pestsucht unter dem deutschen Viehstand verbreitet. Den Kredit für das Handwerk müsse eine ungestaltete Reichsbank liefern, in dieser Richtung bedürfe der Antrag einer Ergänzung, wenn er wirklich wirksam sein solle.

Abg. Viehl (Z.) weist in ausführlicher Darlegung auf einige geradezu schwindelhafte Praktiken der Abzahlungsgeschäfte und das von ihnen betriebene Reklame-Umwesen hin und hält eine Einschränkung des Hausirhandels vor allem deswegen für nöthig, weil die Hausirer fast nur den größten Schund an den Mann brächten, der auf andere Weise gar nicht mehr ins Publikum gebracht werden könnte. Die Geschäftsthatigkeit der Detailreisenden müsse absolut verboten werden. Die große Masse der Hausirer sei überall gefürchtet und gemieden, namentlich alle diejenigen, welche, wenn das Haufiren nicht mehr genüge, sich auf's Betteln wüßten. Erfreulich sei, daß selbst ein Nationalliberaler schon dazu komme, wie heute Herr Clemm, diese Zustände als reformbedürftig anzuerkennen. Die Konsumvereine seien überhaupt nicht existenzberechtigt.

Abg. Stolle (Soz.): Wenn man Ihre Reden (rechts) hört, möchte man glauben, daß das deutsche Volk zum größten Theile aus Gaunern und nichtsnutzigen Elementen besteht. Das ist aber zum Glück nicht der Fall. Man hat behauptet, daß das Hausirgewerbe die Existenz des seßhaften Gewerbes bedrohe; dem widerspricht die amtliche Statistik des Königreichs Sachsen, wonach die Zahl der Hausirer von 1855—1890 von 279 574 auf 279 496 zurückgegangen ist. Daraus erhellt ganz deutlich, daß eine Erweiterung des Hausirgewerbes wenigstens in Sachsen nicht stattgefunden hat. Auch die Behauptung, daß sich mit dem Hausirhandel die Bettelerei sich ausgedehnt habe, ist unklar. Im Königreich Sachsen wurden im Jahre 1890 14 066 Personen wegen Bettelerei bestraft, im Jahre 1890 nur 8368. Ebenso ist der Beweis nicht erbracht, daß die Waaren der Hausirer Schundwaaren seien. Wir haben in Sachsen eine große Zahl von Fabriken für Schuhwaaren, Manufaktur- und andere Waaren, welche an Hausirer verkaufen. Man erhebt also die Klage gegen unsere Fabriken, daß sie Schundwaaren liefern. Das ist nicht wahr. Wohl aber ist es vorgekommen, daß Innungsmeister Gipfelöpfe vergrößert, an denen das Gold nicht festhält. (Weiterkeit.) Nach der Reichs-Gewerbe-Ordnung ist der Wandergewerbeschein nur unbescholtenen Personen zu ertheilen. Wenn also die Hausirer so gefährliche Leute sind, dann müßte man fragen: Was sind das für deutsche Behörden, die einer ganzen großen Anzahl solcher Subjekte den Hausirerbeschein gegeben haben? Nichts Sie (rechts) Ihre Anlagen also gegen die Verwaltungsbahnen! Ich bin überzeugt, daß die deutschen Behörden ein wachsameres Auge auf diese Elemente haben. In den Petitionen sind die Gefahren des Hausirhandels namentlich von den Herren aus Schwaben geschildert, aber für nichts ist der Beweis erbracht. Ich muß alle diese Anlagen einfach als Redensarten erklären, auf die nichts zu geben ist. In anderen Ländern ist der Hausirhandel nicht beschränkt, nur in Oesterreich, wo ja auch der Zustrom existiert. Auch bei uns sind die Beschränkungen des Hausirhandels neueren Datums. Ihre Anträge laufen nur darauf hinaus, den Leuten zu verbieten, sich ihr Brot durch den Hausirhandel zu verdienen. Die Bestimmung der Gewerbe-Ordnung, daß selbstgefertigte Waaren nur im Umkreis von 15 Kilometern haufirt werden können, ist viel zu eng. In manchen Gegenden ist die Industrie auf eine bestimmte Branche angewiesen, kann die Erzeugnisse derselben aber nicht in diesem Umkreise absetzen. Dieser Umkreis muß wenigstens auf mehrere Regierungsbezirke ausgedehnt werden. Die Beschränkung des Hausirhandels würde viele Leute der Armenunterstützung der Gemeinden anheimfallen lassen, weil sie anders als durch den Hausirhandel sich ihr Brot nicht verdienen können. Und diesen Handel wollen Sie bekämpfen und unterbinden. Damit werden Sie gerade den ehrlichen Mann schädigen, das ist die Frucht Ihrer Anträge. Damit treiben Sie die größte Unzufriedenheit auch in die Kreise der seßhaften Gewerbetreibenden, denn diese müssen zur Armenunterstützung der brotlosen Hausirer mit beitragen. Und alle die, welche Herr Viehl jetzt auf seiner Seite glaubt, werden bald auf unserer Seite stehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schrader (D.): Alles was der Reichstag auf diesem Gebiet bisher versucht und erreicht hat, hat sich als vollkommen nutzlos erwiesen. Die Versuche sollen jetzt nach einer anderen Richtung gemacht werden; Sie wollen jetzt nicht mehr auf den kleineren Hausirer, sondern den Detailreisenden schlagen, der nach Herrn Viehl der gefährlichste ist. Es ist nicht mehr möglich, heute noch zu Einrichtungen zurückzukehren, die in unsere Zeit nicht mehr passen; dazu gehört Prüfung der Bedürfnisfrage. Der Hausirhandel hätte doch den jetzigen Umfang nicht angenommen, wenn die Nothwendigkeit dazu nicht vorhanden gewesen wäre. Der Wechsel in unsern gewerblichen Verhältnissen hat gewisse Leute geschädigt, und die Vorschläge, welche man macht, um die Gesetzgebung zu ihren Gunsten zu ändern, können in ihnen nur die falsche Meinung erwecken, als ob die Gesetzgebung dazu im Stande wäre.

Damit schließt die Diskussion. Nach dem Schlussworte des Abg. Ackermann werden in der Abstimmung in Folge der verhältnismäßig stärkeren Besetzung der linken Seite des Hauses die Anträge Ackermann abgelehnt. Der vom Zentrum eingebrachte Gesetzentwurf wird an die Kommission für die Abzahlungsgeschäfte verwiesen.

Darauf wird die Verathung über den Antrag Ackermann betreffend das Verbot des Verkaufs von Waaren seitens der Konsumvereine an Nichtmitglieder und die Festsetzung einer Strafbestimmung gegen die Uebertretung dieses Verbots, sowie über den entsprechenden Gesetzentwurf des Zentrums fortgesetzt. Die Debatte war am vorigen Mittwoch geschlossen worden. Die Schlussworte der Antragsteller und die Abstimmungen stehen noch aus.

Abg. Ackermann wendet sich gegen die früheren Ausführungen der Abgg. Stolle und Bock und bittet um Annahme seines Antrages.

Die Abstimmung über den Antrag bleibt zweifelhaft. Es wird zur Ausföhrung geschritten und dabei die Beschlußfähigkeit des Hauses konstatiert. Anwesend sind nur 125 Mitglieder, von welchen 68 mit ja, 67 mit nein stimmen. Die Sitzung muß abgebrochen werden.

Schluß 3/4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Stat.)

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung vom 1. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: von Heyden, Miquel und Kommissarien.

Das Haus genehmigt zunächst die einmaligen Ausgaben des Kriegsministeriums und geht dann über zum Etat der Landwirtschafts-Verwaltung. Beim Gehalt des Ministers weist

Abg. Vossichius darauf hin, daß die Reblaus bei uns noch nicht so vorherrschend gewirkt habe, wie in andern Ländern, namentlich hat sie den Aibeingau verschont. Es sind aber doch immerhin 45—50 000 gefundene Rebstöcke mitverbrannt worden. Dieses Verbrennen wird man wohl beibehalten müssen, bis ein besseres Mittel gefunden sei. Aber es heißt jetzt, daß die Reblaus nicht durch Ansteckung übertragen werde, sondern aus Mangel an Kalk im Boden entstehe. Redner bittet den Minister diese Sache ja untersuchen zu lassen; vielleicht lasse sich durch eine geeignete Düngung der Weinberge die Reblaus vernichten.

Gehheimrath Wenzel erklärt, daß Versuche mit dieser Düngung schon gemacht, aber noch nicht zum Abschluß gekommen seien.

Abg. Brandenburg (B.): Ich habe im vorigen Jahre die Hoffnung ausgesprochen, daß bei der Verlegung der unteren Kanalstrecke des Dortmund-Ems-Kanals ins Emsbett die Interessen der Landwirtschaft gewahrt werden würden. Das scheint aber nach dem Urtheil von Sachverständigen nicht der Fall zu sein. Ich bitte den Minister, darauf sein Augenmerk zu richten. Nach dem Etat soll der Süd-Nord-Kanal im nächsten Jahre fertiggestellt werden.

Minister v. Heyden: Ich kann wohl behaupten, daß die Interessen der Landwirtschaft bei der Verlegung des Kanalsbettes in die Ems vollaus berücksichtigt worden sind. Der Süd-Nord-Kanal wird in diesem Jahre fertig gestellt werden, so daß er für die Schifffahrt benutzt werden kann, wenngleich natürlich immer noch einzelne Arbeiten zu erledigen bleiben.

Abg. Schulz-Lupitz (freil.) spricht seine Befriedigung darüber aus, daß für die landwirtschaftlichen Mittelschulen mehr Mittel ausgeworfen, und daß sie dem Unterrichtsministerium unterstellt sind.

Abg. v. Minnigerode (L.) trägt eine lange Litanei über die verderbliche Wirkung der Handelsverträge vor und droht schließlich damit, daß die staatsstüßenden Agrarier entweder eine neue Oppositionspartei bilden oder wenn alle Stränge reißten, mit Mann und Maus auswandern werden. Dann, wenn die Opposition deren Beschäftigung habe, würden der verblendeten Regierung erst die Augen über die verderbliche Wirkung der Handelsverträge aufgehen.

Abg. Auebel (nt.) weist auf die Bedeutung des Eichenschälwaldes namentlich für die kleinen Besizer hin und empfiehlt der Regierung die Begünstigung desselben.

Minister v. Heyden: Ich werde mich mit der Anregung des Vorredners beschäftigen, kann aber eine Erklärung über den Erfolg meiner Bemühungen noch nicht abgeben. Bezüglich des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung kann ich dem Finanzminister dankbar sein für die Zusicherungen, die er derselben gemacht hat. Meine Wünsche gingen viel weiter, und ich hoffe, daß sie demnächst befriedigt werden können. Die Ausgaben der landwirtschaftlichen Verwaltung sind verhältnismäßig gering. Sie betragen nur 4,8 Pfennig für den Hektar, während sie in Elsaß-Lothringen 80, in Baden 20 und in Württemberg 16 Pf. betragen. Danach kann bei uns noch sehr viel geschehen. In der Ausbildung der landwirtschaftlichen Schulen wird der Staat seine Pflicht erfüllen. Die landwirtschaftlichen Winterschulen sind allerdings durch das Dotationsgesetz den Provinzen überwiesen; aber der Staat kann diesen Schulen Wanderlehrer zur Verfügung stellen. Gerade auf diesem Gebiete könnten die Landwirthe sich mehr selber helfen, und die Wohnung daran ist nicht verfehlt, wenngleich ich mehrfach einer spöttischen Bemerkung darüber begegnet bin. Die Landwirthe können in ihren Provinzen auf die Förderung dieser Dinge hinwirken. Ich habe schon früher ausgesprochen, daß ich den Ernst der Lage vollständig erkenne. Ich will hinzufügen, daß keiner von Ihnen mit größeren Ernste die Sachlage ansieht. Wenn ich bei früherer Gelegenheit in eine Diskussion über die Handelsverträge mich eingelassen habe, so ist das geschehen, insofern Oesterreich in Frage stand, weil die Sache abgeschlossen ist; ich habe mich aber nicht darauf eingelassen, soweit Ausland in Frage stand, weil die Sache in den Reichstag gehört. Dabei bleibe ich auch heute stehen. Wenn Herr von Minnigerode sich darüber beklagt, daß ich von Uebertreibung gesprochen, so kann ich das Haus zum Zeugen dafür anrufen, daß der Eindruck erweckt werden mußte aus den Verhandlungen, daß von den meisten Rednern die Handelsverträge als Grund der schlechten Lage angesehen wurden. Dagegen glaube ich Widerspruch erheben zu müssen. Nach den Preisen, die wir jetzt haben, kann man eine solche Behauptung aber nicht aufrecht erhalten.

Abg. Tannen (nat.) empfiehlt eine Begünstigung der Moorkultur nach dem holländischen Muster. Redner empfiehlt ebenfalls die Forderung der Winterschulen, die für die Landwirthe wichtiger seien, als die landwirtschaftlichen Mittelschulen.

Abg. Damin (konf.) dankt dem Minister für die freundliche Erklärung in bezug auf die Anregung des Abg. Brandenburg bezüglich des Dortmund-Ems-Kanals.

Das Gehalt des Ministers wird genehmigt. Auf Antrag der Budgetkommission wird das geforderte Gehalt für einen Unterstaatssekretär bewilligt in der Form: Unterstaatssekretär oder ein Ministerialdirektor.

Bei den Generalkommissionen sind mehr gefordert die Ausgaben für drei Räte, deren Bewilligung die Budgetkommission beantragt.

Minister von Heyden giebt eine Uebersicht über die Thätigkeit der Generalkommission bei der Bildung von Rentengütern. Es ist vollständig abgeschlossen die Bildung von 572 Rentengütern, bei welchen ein Kaufpreis in Renten von 169 535 Mark und in Kapital von 974 615 Mark verabrebet ist. Von den letzteren Beträgen sind bereits 829 111 M. abgezahlt. Für die erste Einrichtung haben die Rentenbanken 192 000 M. hergegeben. Auf die einzelnen Provinzen vertheilen sich die Rentengüter wie folgt: Schleswig-Holstein 8, Hannover 2, Westfalen 11, Schlesien 20, Ostpreußen 141, Westpreußen 151, Posen 100, Pommern 88. Von den angebotenen 24 548 Hektaren sind 6550 in Rentengüter verwandelt, der Rest steht noch aus. Die Rentengüter umfassen 55 über 25 Hektar, 125 : 10—25 Hektar, 108 : 7 1/2—10 Hektar, 132 : 5—7 1/2 Hektar, 115 : 2 1/2—5 Hektar und 87 weniger als 2 1/2 Hektar. Auf die Generalkommission in Bromberg entfallen 892, auf Frankfurt 144, auf Breslau 20 Rentengüter-Bildungen. Es sind weiter gebildet Rentengüter, über welche die Puntationen vollständig abgeschlossen sind: 2496 Rentengüter, davon in Ostpreußen 586, in Westpreußen 1013, in Posen 554, in Pommern 276, in Brandenburg 10, in Schlesien 55. Es handelt sich dabei um 23 069 Hektar zu Preisen von 15 Millionen Mark. Auf Bromberg entfallen dabei 5558, auf Frankfurt 888, auf Breslau 255 Rentengüter. 110 000 Hektar stehen noch zur Verfügung. Es ist bedauerlich, daß nicht schneller vorgegangen werden kann, aber die Beamten der Generalkommission verdienen für ihre hingebende Thätigkeit den vollsten Dank. Es liegt das hauptsächlich an dem Mangel an Landmessern. Die Frage, ob auch die Domänen in Rentengüter verwandelt

werden sollen, hat die Staatsregierung beschäftigt, aber sie ist von dem Standpunkt ausgegangen, daß, wenn privates Land angeboten wird, dieses zuerst in Rentengüter verwandelt werden soll. Die Thätigkeit der Generalkommissionen wird eine dauernde sein. Die Verhältnisse drängen darauf hin, namentlich im Osten einen Stand häuerlicher Besizer zu schaffen. Auf die Bildung großer Gemeinden durch Neubildung oder Anschluß an bestehende Gemeinden wird immer der größte Werth gelegt werden. Die Bildung eines grundbesitzenden Proletariats ist aber zu vermeiden.

Abg. Dänkelberg (nt.) tadelt die große Höhe der Generallofen und bemängelt die Ausbildung der Kulturtechniker, die nicht mehr wie früher beim Abgang von der landwirtschaftlichen Schule ein Examen bestehen.

Geh. Oberregierungsrath Sterneberg erklärt, daß die Kulturtechniker ihr Examen erst machen, nachdem sie Gelegenheit gehabt haben, sich drei Jahre in der Praxis zu bewähren. Bezüglich der Kosten muß unterschieden werden zwischen den Regulierungskosten und den Generallofen; die letzteren mögen für den Staat ziemlich hoch sein; für die Interessenten bleiben sie sich vollständig gleich; denn es werden Pauschätze erhoben, die allerdings erhöht, aber auch ermäßigt werden können.

Abg. Zombart (nt.) empfiehlt, die Spezialkommissare länger auf ihren Posten zu lassen, und um sie dazu zu bewegen, ihnen Zulagen zu gewähren. Die Vermehrung der Zahl der Vermessungsbeamten begrüßt er mit Freuden. Daß im Osten eine so große Fläche zur Bildung von Rentengütern angeboten ist, beweist, daß die Besizer sich ihrer großen Verschuldung wegen in Verlegenheit befinden. Die Güter sind zum Theil auf Spekulation zu hohen Preisen gekauft, zum Theil kam dazu die Steigerung der Arbeitslöhne.

Abg. v. Vokelberg (konf.) wünscht, daß die Rentengüter-Bildungen sich weiter entwickeln mögen; er wolle nur einige Klagen vorbringen, die sich dabei herausgestellt haben, die vielleicht auf dem Wege der Instruktion beseitigt werden können. Dazu gehört der Umstand, daß die Schranken, welche das Anstiedlungsgesetz von 1876 der Bildung neuer Anstiedlungen gesetzt habe zu gunsten der Ansieger, durch das Rentengüter-Gesetz fast ganz beseitigt zu sein scheine. Ferner müsse man darauf sehen, daß nur leistungsfähige Rentengüter geschaffen werden, damit nicht das ländliche Proletariat vermehrt werde.

Minister v. Heyden erklärt, daß er nach seinen früheren Ausführungen in bezug auf den letzten Punkt mit dem Vorredner vollständig übereinstimme. Bezüglich der Neu-Anstiedlungen sind die Generalkommissionen bei den Rentengütern allein zuständig.

Unterstaatssekretär Meinerke macht darauf aufmerksam, daß es bedenklich sei, die Erhöhung der Gehälter einer einzelnen Beamtensklasse anzugehen in einem Augenblicke, wo eine allgemeine Aufbesserung dieser Gehälter wegen der Finanzlage sich als unmöglich herausgestellt hat.

Abg. Gerlich (konf.) hält es für möglich, daß Deutschland bei richtigem Schutz der Landwirtschaft seinen Bedarf an Getreide selbst baut. Dazu brauche nur auf jeden Hektar eine Kleinigkeit mehr gebaut zu werden.

Infolge der Einführung der Dienstaltersstufen und der Verminderung der Zahl der Diätarien sind 60 neue Stellen für Vermessungsbeamte und 30 für Zeichner in den Etat eingestellt, wofür

Abg. Wies (B.) der Regierung dankt; es seien aber immer noch viele Diätarien, die schon mehr als 7 Jahre im Dienst seien, vorhanden, die auf eine etatsmäßige Anstellung warten.

Bei den Ausgaben für die pomologische Institute in Proskau und Weisenheim spricht

Abg. Seelig (ost.) seine Befriedigung darüber aus, daß die Regierung für den Obstbau und Weinbau fürsorgend eintrete; er weist darauf hin, daß in bezug auf den Weinbau vielleicht eine Verjüngung der Reben notwendig sei. Ebenso wie die Landwirthe beim Kartoffelbau die Züchtung neuer Kartoffeln zugewendet hätten, müßten auch die alten Rebstöcke, die von den Römern nach Deutschland gebracht seien, durch junge Rebstöcke ersetzt werden.

Darauf wird um 4 Uhr die weitere Beratung bis Sonnabend um 11 Uhr verlag.

Tokales.

Ueber die zulässige Höchstzahl der Schulkinder in einer Klasse hat die Schuldeputation eine sehr interessante Verfügung erlassen. Schon der Umstand, daß sie überhaupt eine solche Verfügung für nötig gehalten hat, ist recht bemerkenswert. Entweder ist man an maßgebender Stelle endlich zur Einsicht gekommen, daß die Ueberfüllung der Klassen in den Volksschulen, die wir oft genug nachgewiesen haben, doch nicht weiter bestehen kann, ohne die Gesundheit der Schulkinder und die Lehr-erfolge schwer zu beeinträchtigen, oder aber die vom Stadtschulrath Bertram stets als ungenügend bezeichnete Ueberfüllung ist an einzelnen Schulen schließlich so ausgeartet, daß sie wenigstens hier selbst dem weniger Einsichtigen als bedenklich erscheinen mußte. Wie dem auch sein mag, — genug, daß die Schuldeputation beschlossen hat, für die niederen Knaben- und Mädchenklassen, d. h. also für die Gemeindeschulen, in den oberen Klassen künftig nicht mehr als 60, in den unteren nicht mehr als 70 Schulkinder zuzulassen. Darin liegt eine Beschränkung dafür, daß bisher in vielen Klassen der Gemeindeschulen mehr als 70 Schulkinder haben zusammenfassen müssen. Das ist der zweite Grund, aus welchem die Verfügung interessant und lehrreich ist. Der dritte ist der, daß sie für die mittleren und höheren Schulen geringere Maximalzahlen festsetzt als für die Gemeindeschulen, nämlich für mittlere und höhere Knabenklassen in den unteren Klassen nicht über 60, in den oberen nicht über 60, für die mittleren und höheren Mädchenklassen in den unteren Klassen nicht über 50, in den oberen nicht über 40. Die „Vossische Zeitung“, der wir diese Mittheilungen entnehmen, fordert im Anschluß daran, daß die genannten Bestimmungen auch für die nicht der Schuldeputation unterstellten höheren Schulen mit nennjährigem Kurus gelten sollen, da sich auch an solchen Anstalten eine größere Anzahl von überfüllten Klassen finde. Diese Behauptung ist jedoch für die höheren Schulen in ihrer Gesamtheit gänzlich unzutreffend. Ueberfüllte Klassen sind an höheren Lehranstalten in Berlin nur eine ganz vereinzelte Erscheinung, — falls man nämlich den bei den Volksschulen bestehenden Maßstab für die Ueberfüllung anlegt. Aber das will und meint die „Vossische Zeitung“ augenscheinlich ebenso wenig wie die städtische Schuldeputation und Herr Bertram. Wie gewaltig der Unterschied zwischen höheren und niederen Lehranstalten hinsichtlich der Zahl der Schulkinder ist, ergibt sich aus dem 1892er Jahrgang des „Statistischen Jahrbuch deutscher Städte“. Nach dessen Angaben kamen in dem mit Oetern 1890 abschließenden Semester in Berlin auf je eine Schule bei den höheren Lehranstalten im Durchschnitt 341, bei den Volksschulen 221 Schulkinder, auf je eine Klasse bei den höheren Schulen 35, bei den Volksschulen 55 Kinder, auf je einen Lehrer bei den höheren Schulen 19, bei den Volksschulen 46 Kinder. Die höheren Schulen und die bestehende Klasse, für die diese fast ausschließlich reserviert sind, haben sich also wirklich nicht über Benachteiligung zu beklagen. Oder will man etwa behaupten, daß der Unterricht an den höheren Schulen nicht nur ein anderer, sondern auch ein schwererer sei und eine eingehendere Beschäftigung mit dem Schüler erfordere als an den Volksschulen? Vorausgesetzt, daß die Lehrer für ihre Lehraufgabe und die Schüler für ihre Vernaufgabe hinreichend befähigt sind, ist der Unterricht in Sprachen und Mathematik genau so leicht, wie in Lesen und Schreiben. Aber diese Voraussetzung trifft

freilich nicht zu. Der Umstand, daß die Volksschule von der bestehenden Klasse als eine ausschließlich für das „niedere“ Volk bestimmte Schule angesehen und erachtet wird, bewirkt es, daß auf den Kathedern der höheren Schulen mancher Lehrer sitzt, der ganz anderswo hingehört, und auf den Bänken manches Kind, die von Schülern sich regelt, weil beiden der Beschäftigung den Zutritt verschafft hat. Daher mag es denn auch zuweilen vorkommen, daß auf den höheren Schulen selbst bei dieser bedeutend geringeren Schülerzahl ein Kindvieh immer nur ein Kindvieh bleibt.

Rixdorf hat seinen Nothstand ebenso wie Spandau und Charlottenburg, — nur in Berlin lebt nach Ansicht des Magistrats unserer Haupt- und Residenzstadt alles herrlich und in Freuden. Der Gemeindevorstand von Rixdorf hat sich wenigstens die Mühe genommen, eine Statistik über die Zahl der Arbeitslosen zu veranstalten und hat ermittelt, daß etwa 2500 Einwohner des Ortes, darunter gegen 1000 Fabrikarbeiter arbeitslos seien. Das wirklich unter der ärmeren Bevölkerung ein Nothstand herrsche, bemerkte die Ortsbehörde auch daran, daß Pfändungen wegen rückständiger Steuern in diesem Jahre doppelt so viel wie in früheren Jahren fruchtlos ausgefallen sind. In der letzten Sitzung der Gemeindevorstand berichtete der Gemeindevorsteher über die von der Gemeinde veranstaltete Statistik und gab der Meinung Ausdruck, daß es sich jedenfalls nur um einen „vorübergehenden Nothstand“ handle, der durch Privathilfe erfolgreich bekämpft werden könne. Erweise sich das als unmöglich, dann käme Rixdorf mit seinem Armenbudget von 80 000 M. in diesem Jahre lange nicht aus. In der Besprechung wurde namentlich hervorgehoben, daß ein wohlhabender Fabrikbesitzer des Ortes, um für niedrigeren Lohn arbeiten lassen zu können, eine neue Fabrik in einer ganz entfernten Gegend, wo die Arbeiter mit billigeren Löhnen zufrieden sind, erbaut habe; dadurch seien zahlreiche Arbeiter in Rixdorf arbeitslos geworden. Der Fabrikbesitzer ist übrigens Mitglied der Gemeindevertretung!

Die Versammlung gelangte auch zur Annahme einiger positiver Anträge. Zunächst wurde beschlossen, den Fonds für die Straßenreinigung um einen Extrazuschuß von 1500 M. zu erhöhen. Ferner soll dem „Verein gegen Verarmung“ ein Betrag von 1000 M., der an dem Fonds für Bau-Ausgaben erspart worden ist, überwiesen werden. Vom Gemeindevorsteher wurde noch mitgeteilt, daß in Fällen, wo die Steuern wegen Arbeitslosigkeit nicht entrichtet werden können, auf Antrag der Betroffenen Stellung gewährt werden soll. Auch mit der Einziehung der jetzt fälligen Grundbesitzer-Beiträge zu den Kosten der Bürgertrig-Regulierung in den meist von Arbeitern bewohnten Straßen soll mit Rücksicht auf die gegenwärtige ungünstige Geschäftslage erst am 1. April c. begonnen werden.

Wenn auch Niemand wird behaupten wollen, daß die Ausführung dieser Beschlüsse aus Rixdorf den Nothstand bannen wird, so zeigt doch das Vorgehen der Gemeindevorstand für ein gewisses Verständnis für die tatsächliche Lage. Ob die Ansicht des Vorstehers, daß die Privatnoththätigkeit genügen werde, den Nothstand wirksam zu bekämpfen, die richtige ist, wird die Zukunft lehren, — wir glauben natürlich nicht daran. Immerhin aber legt man wenigstens in Rixdorf nicht die Hände in den Schooß, während sich in Berlin absolut nichts rührt. Hier walteten der Steuerheber und der Gerichtsvollzieher nach wie vor ihres Amtes, wer nicht zahlen kann, wird geplündert und wer nichts mehr zu plündern hat, muß den Offenbarungseid leisten. So wird in Berlin der Nothstand „bekämpft“!

Das Denunziantenthum macht sich wieder einmal mächtig breit. Wenn der Schankmann während seiner Dienstzeit mit dem Ritzbuck in der Hand da steht und notirt den einen bössartigen Verbrecher nach dem andern, so gehört das eben zum „Geschäft“. Wenn aber ein ganz gewöhnlicher Nichtbeamter wie ein Spitzel umherläuft und steht, wen er denunziert, so hört es auf, schön zu sein. Einen solchen edlen Charakter lernten wir jüngst während einer Gerichtsverhandlung in Koabit kennen. Der „Herr“ war Kaufmann und Zigarrenfabrikant; ihn plagte nur der eine edle Gedanke, er wolle Material zu einer Strafanzeige sammeln. Hören wir, wie klug dieser Denunziant zu Werke ging: Er begab sich in ein Schanklokal, ließ sich ein Glas Bier vorsetzen und verlangte 5 Zigaretten. Die Wirthin trug keine Bedenken, ihm das Gewünschte zu verabfolgen. Der Zigarrenhändler nahm seine Zigaretten und stellte gegen die Wirthin Strafantrag wegen Uebertretung des Gesetzes bezüglich der Sonntagsruhe. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht brachte dem Denunzianten nicht das gewünschte Resultat. Die Angeklagte wurde freigesprochen. Damit war aber die Amtsanwaltschaft nicht zufrieden, sie legte Berufung ein. In der Strafkammer-Verhandlung führte der Verteidiger an, daß die Schankwirthin nach einem ministeriellen Erlasse befugt seien, Gegenstände, die zu ihrem Betriebe gehörten, auch über die Straße zu verkaufen, daß aber ganz besonders bei Zigaretten dies der Fall sein müsse, da ja ein Schankwirth nicht wissen könne, ob der Gast sie nicht in seinem Lokale rauchen wolle. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Freisprechung.

Der Denunziant hat also seinen Zweck nicht erreicht, er ist hineingefallen. Dieser sogenannte „moralische“ Mißerfolg ist allerdings auch die einzige Strafe. Wenn es sich wenigstens hätte machen lassen, den Mann in die Kosten zu verurtheilen, dann hätte er doch wenigstens einen Lohn. Aber leider ist das noch den gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich. Hoffentlich wird dem Angeber in Folge des ersten Mißerfolges die Lust vergangen sein, noch weiterhin sein edles Gewerbe auszuüben.

Zur Koalkorbfrage. Schon lange kämpfen Töpfer und Studateure für Abschaffung der offenen Koalkfeuer in Häusern, in denen sie zu arbeiten gezwungen sind; mit welchem Erfolge, das zeigen die offenen Koalkfeuer in den Wohnbauten, welche nach wie vor die Gesundheit der Arbeiter in hohem Maße schädigen. Auf eine im vorigen Jahre an den Regierungspräsidenten der Provinz Brandenburg gerichtete Anfrage, dahingehend, ob eine Verordnung bestche, grund welcher die Benutzung offener Koalkfeuer in Häusern, in denen Arbeiter beschäftigt sind, verboten sei, erging der Bescheid, daß sich in dieser Hinsicht noch kein Bedürfnis herausgestellt habe zum Erlasse einer derartigen Verfügung. Wie groß indessen ein derartiges Bedürfnis ist, beweisen die zahlreichen Fälle von Arbeitererkrankungen, die auf die schädliche Einwirkung der offenen Koalkfeuer zurückzuführen sind und die leider viel zu wenig in die Oeffentlichkeit gelangen. Charakteristisch zur Beurtheilung der Koalkorbfrage ist ein Schreiben eines auf einem Bau in Groß-Lichterfelde (Göbenstraße) beschäftigten Töpfers, welches derselbe an den Vorstehenden des Vereins zur Regelung der gewerblichen Interessen der Töpfer Berlins und Umgegend gerichtet hat, in welchem es u. a. heißt:

„Ich kann es nicht unterlassen, Dir einige Fälle, die Koalkorbfrage betreffend, die auf unserem Bau vorgekommen sind, mitzutheilen. Alle, die wir hier beschäftigt sind — es sind 21 Kollegen! — müssen bei Koalk-Lumen arbeiten, denn eiserne Oefen existiren hier nicht. Da kam vor 3 Wochen der erste Fall vor. Es erkrankte ein Kollege. Der Arzt konstatierte „Bauchentzündung“. Der Betroffene ist noch nicht genesen. Vor 14 Tagen ein zweiter Fall. Ein Kollege erkrankte. Der Arzt konstatierte „Lungenentzündung“. Der Betroffene ist gleichfalls noch nicht wieder arbeitsfähig. Am Mittwoch voriger Woche passirte der dritte Fall. Wir hatten alle Feierabend gemacht. Ein Kollege, der sich etwas verspätet hatte, mußte allein den Heimweg antreten. Da geschah es, daß derselbe auf der Landstraße umfiel, liegen blieb und erst nach geraumer Zeit von zufällig Vorübergehenden in bewußtlosen Zustande aufgefunden wurde. Derselben erbarmten sich seiner und schafften ihn nach dem nahe gelegenen Restaurant „Zum Linden-Park“, woselbst es erst nach einundehalbständigen Bemühungen gelang, ihn ins Leben zurück

zurufen. Ein Gendarm war auch zur Stelle, welcher alles zu Protokoll genommen hat. Auch ist am folgenden Tage auf einem anderen Neubau ein Feuer ausgebrochen, welches das Eingreifen der Feuerwehr erforderlich machte. Auch dieses Feuer soll durch eine Kofats-Raune entstanden sein. Wie gesagt, dieses Schreiben spricht für sich selbst wie auch für das vorhandene Bedürfnis zum Erlaß eines behördlichen Verbotes der Benutzung von offenen Kofatsfeuern in Räumen, in denen Arbeiter beschäftigt sind. Aus freien Stücken lassen die Unternehmer keine Minderung eintreten, trotzdem die Aufstellung eiserner Döfen für die Unternehmer vortheilhafter, für die Arbeiter gefahrloser wäre. Doch die Löhner und Stuckateure werden nicht eher ruhen, als bis ihre diesbezügliche Forderung bei den Behörden Geltung gefunden hat. Darum ergeht an alle Fachgenossen die Aufforderung, den Fachorganisationen beizutreten und in denselben mitzuwirken zur endlichen Beseitigung der offenen Kofatsfeuer.

Sunderl Marf Belohnung setzt ein Herr Wöbke auf die Ermittlung von Dieben aus, die am Abend des 27. vor. Mts. fast eine ganze Wohnungseinrichtung aus dem Hause Mittelstraße 7/8 gestohlen haben. Die Anzeige, die der Kriminalpolizei über den Vorfall erstattet worden ist, behauptet mit Bestimmtheit den Thatsbestand eines Diebstahls. Der Baron K. v. H. hat das Haus Mittelstraße 7/8 für sich erbauen, seine Einrichtung aus der früheren am Poststeiner Ufer belegenen Wohnung schon am 1. Oktober v. J. in das noch unterfertige Gebäude schaffen und hier im dritten Stock des Hinterhauses vorläufig unterbringen lassen. Die Aufsicht darüber war einem in der englischen Botschaft bediensteten Pfortner Wilmerz übertragen worden, der auch mit seiner Familie in den Neubau gezogen war. An dem genannten Abend waren die Wilmerz'schen Eheleute nicht zu Hause, nur ein achtzehn Jahre alter Neffe war anwesend. Kurz nach acht Uhr fuhren ein zweispänniger und ein einspänniger Möbelwagen vor das Haus, und ein bisher nicht ermittelter Mann mit schwarzem Vollbart und braunem Winterüberzieher erklärte dem jungen Manne, daß die Möbel des Barons in dem neuen Hause nicht sicher genug untergebracht worden seien und daher nach einem Speicher in Moabit gebracht werden sollten. Der junge Mann fand darin nichts Auffallendes, gab den Zutritt zu den Sachen frei und leuchtete den Arbeitern bei dem Fortschaffen des Mobiliars. Die eichene Einrichtung des Zimmers, deren Stühle das H'sche Wappen tragen, eine Salongarnitur, Rippen mit Porzellan, Gardinen, Teppiche, Betten und was sonst zu dem Hausrath gehörte, hatte bald die beiden Wagen gefüllt, der junge Mann erhielt für das Leuchten ein Trinkgeld, und man fuhr davon. Soweit der Inhalt der Anzeige. Die Nachforschungen eines Berichterstatters haben nun noch ergeben, daß der Baron v. H., der sich mit seiner Gattin, einer reichen Hamburgerin, auf Reisen im Auslande befindet, früher eine Goldleihenfabrik betrieb, das Geschäft aber wegen eingetretener Zahlungsschwierigkeiten aufgeben mußte. Ein Theil der angeklommenen Sachen war durch einen Gerichtsvollzieher unter Siegel gesetzt worden, dieser aber hat die Abholung nicht bewirkt. Möglich ist indes, daß sich ein Gläubiger des Barons eigenmächtig in den Besitz von Pfandobjekten gesetzt hat, da er wußte, daß die Sachen der Baronin gehören, die wegen der Pfändung die Interventionstage angestellt hat.

Zwei Leichen wurden gestern fast an derselben Stelle an der Schöneberger Brücke aus dem Landwehrkanal gezogen. Gegen 11 Uhr Vormittags war die Feuerwehr dabei beschäftigt, die Leiche eines etwa 45 Jahre alten Mannes zu landen. Der Todte führte auf einen Druckschriftenhändler Vielte lautende Papiere bei sich. Gegen 4 Uhr Nachmittags tauchte an derselben Stelle die Leiche eines 40jährigen Mannes empor, der in einer Tasche eine große Blechschere trug, wie solche von Klempnern gebraucht werden. Äußere Verletzungen sind an den Todten, die beide etwa 14 Tage lang im Wasser gelegen haben mögen, nicht wahrzunehmen.

Marktpreise in Berlin am 31. Januar, nach Ermittlungen des Polizeipräsidenten. Weizen per 100 Rg. guter von 15,80—15,20 M., mittlerer von 15,10—14,60 M., geringerer von 14,50—14,00 M. Roggen per 100 Rg. guter von 13,70—13,30 M., mittlerer von 13,20—12,80 M., geringerer von 12,70—12,30 M. Gerste per 100 Rg. gute von 17,50—16,80 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—13,80 M. Hafer per 100 Rg. guter von 15,80—15,10 M., mittlerer von 15,00—14,30 M., geringerer von 14,20—13,50 M. Stroh, Nicht per 100 Rg. von 4,65—4,00 M. Heu per 100 Kilogr. von 7—5 M. Erbsen per 100 Rg. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Rg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Rg. von 80,00 bis 60,00 M. Kartoffeln per 100 Rg. von 7,00—4,50 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Rg. von 1,60—1,20 M. Bauchfleisch per 1 Rg. von 1,30—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Rg. von 1,50—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Rg. von 1,60—0,90 M. Hammelfleisch per 1 Rg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Rg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 7,00—3,80 M. Fische per 1 Rg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Kalle von 5,00—1,00 M. Jander von 2,40—0,80 M. Hechte von 1,80—0,80 M. Barsche von 1,80—0,70 M. Schleie von 2,40—0,60 M. Bleie von 1,40 bis 0,70 M. Krebse per 60 Stück von 9,00—2,00 M.

Polizeibericht. Am 31. v. M. Vormittags wurde ein Arbeiter in seiner Wohnung im Grünen Weg erhängt vorgefunden. — Im Landwehrkanal bei der Schönebergerbrücke wurde Vormittags die Leiche eines unbekanntes, etwa 50 Jahre alten Mannes und Nachmittags die Leiche eines etwa 40jährigen Mannes angeschwemmt. — In der Thurmstraße, gegenüber dem städtischen Krankenhaus, fiel Abends eine Frau beim unwichtigen Aufsteigen von einem dort haltenden Pferdeabwaggen zur Erde und zog sich dadurch Verletzungen am Kopfe und am Unterschenkel zu, so daß sie nach dem Krankenhaus Moabit gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 1. d. M. fanden in der Spreestr. 7 und Lindenstr. 26 kleine Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Die schwierige Stellung der Verkaufsvermittler zeigte sich wiederum in einer Verhandlung, die gestern vor der achten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Ende September vorigen Jahres erhielt der städtische Verkaufsvermittler Schünemann von auswärtig gegen 2000 Haken gesandt, um dieselben zu versteigern. Bei der Untersuchung durch den Thierarzt stellte sich heraus, daß zwei der Haken so sehr in Fäulniß übergegangen waren, daß sie als ungenießbar bezeichnet werden mußten. Schünemann erhielt deshalb ein Strafmandat über 70 M., da er bereits wegen ähnlicher Uebertretungen Vorstrafen erlitten hatte. Das Schöffengericht bestätigte das Strafmandat. Schünemann versuchte es mit der Berufungsinhans. Der Verteidiger wies darauf hin, daß es ganz unmöglich sei, jeden der 2000 Haken zu untersuchen, der Thierarzt habe allein mehrere Stunden gebraucht, um etwa 150 Stück zu untersuchen. Der Gerichtshof hielt diesen Einwand nicht für stichhaltig, in erster Linie müsse das Publikum geschützt werden, und wenn die Verkaufsvermittler so umfangreiche Geschäfte machten, so müßten sie solche Vorrichtungen treffen, daß sie mit dem Gesetze nicht in Widerspruch kämen.

Noch mehr traten die angezeigten Schwierigkeiten, mit denen die Verkaufsvermittler zu kämpfen haben, bei der Anklage sache zu Tage, welche die VIII. Strafkammer gegen den Verkaufsvermittler Andreas verhandelte. Denselben waren von einer renommierten Hamburger Firma 278 Paß russische Sardinen zum Verkaufe in der Zentral-Markthalle zugestellt worden.

— Die Sardinen waren durch die übliche Stichprobe als durchaus gut befunden und 23 Paß waren verkauft worden, ohne daß Seitens der Abnehmer eine Beschwerde über die Qualität eingegangen wäre. Da erhielt der Delikatesshändler Fehner einen Posten dieser Sardinen, er beanstandete sie und ließ sie durch die Thierärzte der Zentralmarkthalle untersuchen. Diese erklärten die Sardinen für verdorben, ordneten eine Untersuchung der gesammelten noch vorhandenen 243 Paß an und erklärten den Inhalt der ganzen Sendung für verdorben, so daß sämtliche Paß mit Beschlag belegt wurden. Herr Partenheimer, der Angestellte des jetzt wegen fahrlässigen Verkaufs verdorbener Nahrungsmittel angeklagten Herrn Andreas war in Verzeuflung. Er stürzte sofort zum Chemiker Dr. Bischoff, damit derselbe in der Kontrollstation der Zentral-Markthalle sich von der Güte der Sardinen überzeugen sollte, Herrn Bischoff wurde aber diese Prüfung nicht gestattet. Als die Paß politisch abgeholt wurden, kostete ein Delikatesshändler und viele andere Personen die Sardinen und erklärten sie für ganz unverdorben. Zufällig erhielt Herr Partenheimer noch nachträglich von Herrn Fehner zwei Paß derselben Sendung zurück. Das eine brachte er zu einem Fischhändler und gerichtlichen Sachverständigen, der ihm die Güte der Waare bescheinigte, das andere Paß erhielt der Gerichtschreiber Dr. Paul Jesevich, welcher bei seiner Untersuchung nichts Verdächtiges vorfand, sondern die Sardinen für gänzlich unverdorben und geschmeckend erklärte. — Auf der anderen Seite blieben die Thierärzte Höhn, Claus und der Departementstierarzt Wolff auf Grund ihres Beschlusses und der (nach Ansicht der Gerichtschreiber unzuverlässigen) Salmiatprobe bei der Behauptung, daß in sämtlichen Paß die Sardinen verdorben waren. Bei dem unvereinbaren Gegenstande in den Gutachten der Sachverständigen erkannte das Schöffengericht auf Freisprechung, welche der Staatsanwalt selbst in Antrag gebracht hatte. Trotzdem hatte nun die Staatsanwaltschaft die Berufung eingelegt (1) und ihr Vertreter beantragte, obgleich die neue Verhandlung genau dieselben diametralen Gegenstände in den Gutachten zeitigte, 50 M. Geldbuße. Der Gerichtshof ließ es dahin gestellt, welche Gutachten die richtigen seien und erkannte wiederum auf Freisprechung, da er eine Fahrlässigkeit des Angeklagten ganz und gar nicht für erwiesen erachtete.

Eine kleine lehrreiche Geschichte, welche glückliche Lotteriegewinner zur Vorsicht mahnt, lieferte eine Anklage wegen versuchten Betruges, welche das Schöffengericht gestern gegen den Handlungs-kommiss Robert M. verhandelte. Der Angeklagte war in einem hiesigen großen Lotteriegeschäft, dessen Laden den Tag über einem Laubenhause gleicht, als Kassierer angestellt. Eines Tages trat eine Frau Hoffmann, welche in einer Wohlthätigkeitslotterie spielt, in den Laden, um sich zu erkundigen, ob sie etwa gewonnen habe. Der betreffende junge Mann sah eine Liste nach und stellte fest, daß auf das Loos allerdings ein Gewinn gefallen sei. Auf weiteres Befragen erklärte der junge Mann der Dame, daß es ein Gewinn im Werthe von 10 M. sei, er schlug ein großes Register auf und offenbarte, daß der Gewinn aus einem Zwanzzettelnknopf bestände. Er erklärte sich bereit, den Gewinn zurückzugeben, die Unterhandlungen hatten aber kein Ergebnis, da für den Zehnmark-Gewinn nur 2 M. geboten wurden. Bald darauf kaufte ein Verwandter der Dame eine Lotterieliste und stellte fest, daß darin der Werth des Gewinnes mit 30 M. verzeichnet war. Von der Zentralstelle aus wurde denn auch ein Ein mit silbernen Futter- und Kaffeemessern der Gewinnerin zugestellt. Letztere erstattete von dem Vorfalle Anzeige und gegen den Angeklagten, den sie als den betreffenden jungen Mann bezeichnete, wurde die Anklage erhoben. Dieser leugnete entschieden, etwas von dem Vorfalle zu wissen und machte event. einen im Drange der Geschäfte begangenen Irrthum geltend. Der Staatsanwalt erachtete einen solchen für ausgeschlossen und beantragte 150 M. Geldbuße, der Gerichtshof hielt aber mit dem Rechtsanwalt Dr. Leopold Friedmann die Möglichkeit eines Irrthums doch für gegeben und sprach den Angeklagten frei.

Der reingefallene Deunziant. Eine zu gleicher Zeit vor der I. Strafkammer verhandelte Anklage wegen Majestätsbeleidigung hatte ein überraschendes Ergebnis. Angeklagt war der Zimmerer Hinz, welcher mit seinem Hauswirth, dem Tischlermeister und Eigenhümer Paul Müller, Frankfurter Allee 84, in Zwistigkeiten lebte, aus dem Hause hinausgeworfen worden war und einen Hausfriedensbruch begangen haben soll. Der Eigenhümer Müller behauptete, daß sich Hinz bei dieser Gelegenheit einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht habe und berief sich auf eine Anzahl von Hausbewohnern, welche seine Behauptung bekräftigten. Der Angeklagte bestritt seinerseits die Beschuldigung, die er als einen Anekdote darstellte und berief sich auf eine Gruppe anderer Zeugen, welche den anderen diametral gegenüber standen. Die Ausgabe des Gerichtshofes angeht dieser Widersprüche war keine leichte. Er kam nach mehrstündiger Verhandlung doch zu einem Schuldigspruche, verurtheilte den Angeklagten aber nur zu drei Monate Festungshaft und wegen des Hausfriedensbruches zu 10 Mark Geldbuße. Für den Hausfriedensbruch Müller gestattete sich die Verhandlung viel verhängnisvoller. Der Gerichtshof genann die Uebereignung, daß dieser einen Reineid geleistet habe und beschloß, ihn sofort in Haft zu nehmen.

Der Rechtsbegriff der „putativen Nothwehr“ kam gestern vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I in einer Verurtheilung-Strafsache zu Ehren. Der Arbeiter Sandow war wegen Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeuges vom Schöffengerichte zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Er hatte einen anderen Arbeiter, von welchem seine Frau ohne Veranlassung beschimpft worden war, zunächst mit einem Stode geschlagen. In dem dazwischen entbrannten Streite hatte jemand dem Angeklagten zugerufen, daß er sich in Acht nehmen solle, da der Andere ein Messer oder sonst einen Gegenstand in der Hand habe. Darüber geriet der Angeklagte in eine solche Aufregung, daß er seinen Hausschlüssel aus der Tasche zog und damit seinem Gegner, der thätlich nichts in der Hand hatte, mehrere nicht ganz unerhebliche Wunden beibrachte. Gegen das erste Erkenntniß legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein und ihr Vertreter beantragte gestern neun Monate Gefängniß. Der Gerichtshof nahm aber mit dem Rechtsanwalt Dr. Rosenstock an, daß hier putative Nothwehr vorliege. Der Angeklagte sei in den Irrthum verführt worden, daß ihm sein Gegner mit einem Messer zu Leibe wolle und habe in dieser irrthümlichen Meinung zur Nothwehr gegriffen. Der Gerichtshof hielt aber die Grenzen der Nothwehr aus Bestürzung für überschritten und verurtheilte deshalb den Angeklagten zu 40 M. Geldbuße.

Noch einmal die „tobte Kasse“. Leipzig, 30. Januar. Das Reichsgericht hob heute das am 14. Oktober vom Landgericht Nürnberg gefällte Urtheil auf, durch welches der Braumeister Georg Wagner von der Anklage der Verletzung des Nahrungsmittelgesetzes freigesprochen wurde. Wagner hatte im Bier eine tobtte Kasse mitgeführt. Das Landgericht hatte angenommen, daß hierin keine „Verfälschung“ des Bieres liege.

Soziale Ueberblick.

An die Mitglieder der Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen (fr. Meyer'sche). Unterzeichnete Kommission macht hierdurch noch einmal auf die Delegirtenwahl aufmerksam; dieselbe findet statt:

Abth. I. (S.O. und S.), Sonntag, den 5. Februar, Vorm. von 10—12 Uhr, Rannysstr. 27, bei Böhse; zu wählen sind 81 Delegirte.

Abth. II. (S.W., W. und O.), Sonntag, den 5. Februar, Vorm. von 10—12 Uhr, Sebastianstr. 39, bei Brochnow; zu wählen sind 84 Delegirte.

Abth. III. (N.W. und N.), Sonntag, den 5. Februar, Vorm. von 10—12 Uhr, Brunnenstr. 34, bei Lohmann; zu wählen sind 50 Delegirte.

Abth. IV. (N.O. und O.), Sonntag, den 5. Februar, Vorm. von 10—12 Uhr, Weberstr. 17, bei Rieß; zu wählen sind 53 Delegirte.

Abth. V. (Einzelstimmende), Freitag, den 3. Februar, Abends von 8—10 Uhr, bei Esfeld, Grenadierstr. 33; zu wählen sind 30 Delegirte.

Die Wahl ist geheim, d. h. durch Stimmzettel zu vollziehen. Dieselbe geschieht nach der Arbeitsstätte; in dem Bezirk, in welchem diese liegt, geht man wählen. Es dürfen auf den Stimmzetteln nicht mehr Namen verzeichnet sein, als Kandidaten zu wählen sind. Wahlberechtigt und wählbar ist jedes Mitglied (männlich und weiblich), die 21 Jahre alt und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Mitgliedsbuch legitimirt Stimmzettel werden vor dem Wahllokal vertheilt. Indem wir die Mitglieder ersuchen, nur den Stimmzettel, welchen sie von uns erhalten, abzugeben, rufen wir ihnen nochmals zu, für die Einführung der freien Wahl bei der Wahl an Platz zu sein. Die Krankenkassen-Kommission gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen. J. A. Otto Bleich, Sorauerstr. 5, 2 Tr.

Die Steinbildhauer-Gehilfen Leipzigs, die früher die Affordarbeit abgelehrt, sie später aber wieder eingeführt haben, beschloßen, nach Fertigstellung der begonnenen Affordarbeit nur noch im Taglohn, und zwar nicht unter 6 M. zu arbeiten.

Die Rausger Arbeitslosen hatten eine Deputation beauftragt, beim Magistrat um sofortige Jnangriffnahme der Erbauung zum neuen Schlachthausbau vorstellig zu werden. Die Deputation ging zum Oberbürgermeister Dr. Oehlsner und beantragte, daß die Arbeiten noch immer brach liegen, trotzdem die Stadtverordneten schon vor Monaten 195 000 M. dafür bewilligt haben; weiter tadelt sie, daß die Stadt diese Arbeiten, anstatt in eigene Regie zu nehmen, auf Submission vergeben hat. Der Oberbürgermeister erwiderte, er erkenne den Nothstand an und werde, so viel als ihm möglich sei, die Jnangriffnahme der Arbeiten beschleunigen; auch er bedauere, daß die Arbeit an Private vergeben worden ist, er habe mit seiner Meinung gegen den städtischen Bauausschuß nicht aufkommen können.

Arbeitslosen-Versammlungen sind weiter abgehalten worden in Dresden, Breslau, London. Die Telegraphen-Bureaus melden darüber:

Dresden, 1. Februar. Am gestrigen Spätnachmittage fand eine von etwa 2000 Personen besuchte Versammlung von Arbeitslosen statt, welche politisch aufgelöst wurde, als einer der Redner für Diebstahl plaidirte, falls auf anderem Wege nicht geholfen werde. Abends sammelten sich die Arbeitslosen auf dem Postplatz und dem Altmarkt und zogen unter dem Sang der Marxhymne durch die innere Stadt. Die Gendarmen verstreute die Menge. Militär und Polizei waren in der Nacht konstant.

Breslau, 31. Januar. Die Teilnehmer an der Versammlung der Arbeitslosen zogen heute Nachmittag um 5 Uhr geschlossen auf den Ring, Hunger! rufend. Der Versuch, ins Rathhaus zu dringen, wurde vereitelt und die Menge zerstreut. Die Polizei machte von der Waffe Gebrauch.

London, 31. Januar. Eine auf Lower-Hill heute Nachmittag abgehaltene Versammlung von Arbeitslosen nahm eine Resolution an, in welcher die Entrüstung darüber ausgesprochen wird, daß die liberale Regierung sich weigert, einen friedlichen Auszug der Arbeitslosen zu gestatten; ferner werden in der Resolution die Arbeiterverbände aufgefordert, baldigt einen Massenauszug zu veranstalten. Die Arbeitslosen zogen hierauf in einer Stärke von etwa 2000 Mann trotz des polizeilichen Verbots und des Abmarschens der Arbeiterführer von Lower Hill durch die City nach dem Parlamentsgebäude. Die Polizei zerstreute die Manifestanten und nahm mehrere Verhaftungen vor; es kam wiederholt zu einem Handgemenge. Die Menge zog alsdann nach Trafalgar Square; die Polizei verhinderte jedoch die Ansammlung auch dort.

In Kopenhagen hat, wie das Bureau Herold meldet, die Bürgerrepräsentation den Antrag des sozialdemokratischen Bundes und der sozialdemokratischen Fachvereine wegen Unterstüßung mehrerer wohltätiger Institutionen und wegen Gratisvertheilung von Brennmaterial, auf den Antrag des Magistrats, der dadurch eine Schwächung der großen privaten Wirtschaft befürchtet, einstimmig abgelehnt.

Ein sprechender Beweis dafür, wie schwer es fällt, sich haltige Gründe gegen das Vorhandensein eines Nothstandes ins Feld zu führen, hätte wahrlich kaum erbracht werden können.

Aus Händ in Schweden wird uns von einem Genossen geschrieben: In Westervik (Schweden) brannte vor circa 2 Wochen eine der größten Fabriken schwedischer Fäbrikanten ab. Die Fabrik hatte noch sehr bedeutende Aufträge und übertrug deren Lieferung der Fabrik in Jönköping und der Fabrik in Tidaholm mit der Bedingung, daß ihre 150 brotlos gewordenen Arbeiter von beiden Fabriken je zur Hälfte übernommen würden. Das ist denn auch geschehen. Der Genosse nennt dies eine höchst anerkennenswerthe That der drei schwedischen Unternehmer, und er hat recht.

Dabei fällt uns ein, wie eine deutsche Firma in einem ähnlichen Falle verfuhr. Die Berliner Unternehmer Loges u. Bernicke, Kohlenauer 4, haben im Sommer vorigen Jahres in Malmö (Schweden) eine Schäftefabrik errichtet, für welche sie im Sommer fünf und zu Weihnachten noch zwei deutsche Arbeiter engagirten. Sämtlichen Arbeitern war gesagt worden, daß sie auch für die Zeit bezahlt würden, während welcher sie, Hindernisse halber, in Malmö nicht arbeiten könnten. Dieser Fall ist während der starken Kälte im Monat Januar eingetreten. Da die Schäfte in Berlin zugeschnitten und listenweise nach Malmö geschickt werden, während der starken Kälte aber Güter nach Schweden nicht besördert werden konnten, so waren die Arbeiter der Fabrik in Malmö über 14 Tage arbeitslos. Den Arbeitern wurde nun ohne Weiteres erklärt, daß sie für den Arbeitsverlust nicht entschädigt werden würden. Dabei blieb es. Die Malmöer Arbeiter warnen jetzt die deutschen Arbeiter, in der dortigen Fabrik der Berliner Firma Loges u. Bernicke in Arbeit zu treten, da sie selber keine Arbeit haben und ihnen von der Firma die schwedischen Verhältnisse in günstigerem Lichte geschildert wurden, als sie sind.

Vielleicht machen die Herren Loges u. Bernicke ihren Fehler nachträglich wieder gut, indem sie sich an ihren drei schwedischen Klassengenossen ein Beispiel nehmen.

Andwanderung aus Schweden. Nach den dem schwedischen Departement des Innern zugegangenen Berichten sind im Jahre 1892 aus und über Schweden 88 206 Personen nach fremden Welttheilen ausgewandert, wovon 88 240 Schweden und 4066 Ausländer waren. Im Jahre 1891 betrug die Anzahl der Auswanderer 89 763, wovon 82 454 aus Schweden und 7309 aus anderen Ländern stammten.

Die Zimmerleute Sydneys in Australien agiliten für die Herabsetzung der jetzt 48 stündigen wöchentlichen Arbeitszeit auf 44 Stunden. — Die Arbeiter Deutschlands müssen sich, wie z. B. die Müller, noch bis zu 18 Stunden täglich schinden und quälen, und haben dabei noch nicht einmal social Lohn, daß sie und ihre Angehörigen ohne Darben das Leben fristen können.

